

# Stand

# EDU+UDF punkt

Christlich-politische Monatszeitung  
Offizielles Organ der Eidgenössisch-  
Demokratischen Union EDU

36. Jahrgang | Nr. 4 | April 2016 | www.edu-schweiz.ch

Auflage: 24300

**Liebe Leserinnen und Leser**  
Diesem Standpunkt liegt der Unterschriftenbogen der Eidg.  
Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» bei. Vielen Dank für  
Ihre Mithilfe beim Sammeln von Unterschriften!

UNSER AUFTRAG ...

## ... nach Ostern

**«Gehet hin in alle Welt und prediget das Evangelium aller Kreatur.» (Markus 16,15)  
Dies sprach unser Herr und Erlöser, als er sich nach seiner Auferstehung seinen Jüngern offenbarte.**

In seiner kurzen Botschaft sind zwei Aufträge enthalten: Hingehen und Predigen. Was meinte ER wohl mit «Hingehen» und was mit «Predigen»? Wird eines der beiden stärker betont?

Für Christen dürfte die Antwort klar sein. Das Evangelium wird bei Wikipedia mit dem Begriff für die «frohe Botschaft» des christlichen Glaubens umschrieben, die frohe Botschaft wiederum mit das «Beste, Entlastung, Lasten abnehmen und Gutes bewirken». Bereits der Prophet Jeremia hat das «Gehet hin» in seiner Aussage «Suchet der Stadt Bestes» (Jeremia 29,7) angedeutet. Der politische Auftrag wird somit in den biblischen Aussagen des Propheten Jeremia im Alten Testament als auch im Neuen Testament durch Jesus Christus nach seiner Auferstehung offensichtlich.

«Gehet hin» heisst Hinausgehen aus unserem vertrauten Kreis, um unserem Nächsten zu dienen und in unserer Umwelt das «Beste» zu suchen. Um diesem Auftrag nachzukommen, ist es nie zu spät. «Gehet hin» ist wahrscheinlich für uns alle möglich. Stellt sich die Frage, was ist mit Kreatur überhaupt gemeint, wo fängt sie an? Wikipedia beschreibt sie wie folgt: «Schöpfung, Geschöpf, Natur und Lebewesen».

Nun kommt es auf unsere Antwort an. Bin ich bereit, den ersten Schritt in meiner Aufgabe zu tun, nämlich hinzugehen und zu suchen? Der Weg zum Aktivwerden ist somit sehr kurz, das «Hingehen in alle Welt» fängt vor unserer Haustüre an. Wir nehmen unsere Aufgabe wahr, indem wir «der Stadt Bestes suchen». In unserer Demokratie, Gesellschaft und unserem politischen Umfeld liegen unzählige Möglichkeiten, um hinzugehen und das «Beste für Land und Volk zu suchen».



Hans Moser, Präsident EDU Schweiz

BETEN UND ARBEITEN

## Lasst uns bauen!

**Einmal mehr halten Sie eine Ausgabe unseres Parteiorgans «EDU-Standpunkt» in Ihren Händen. Ob wir mit unserer Auswahl an Artikeln Ihren Geschmack treffen?**

Wohl nicht immer, servieren wir Ihnen doch nicht immer leichte Kost. Viel zu oft müssen wir leider auch über negative Entwicklungen, die einer gefallenen Welt entspringen, berichten.

Oft erinnert mich die Arbeit der EDU an den Mauerbau der Israeliten unter Nehemias Führung. Schwierigkeiten, Rückschläge, Gespött und Angriffe von Feinden entmutigten die bereits von der Arbeit ermüdeten Männer in Jerusalem. Nehemia unternahm etwas dagegen: Zuerst betete er, dann postierte er zahlreiche Wächter an den offenen Stellen der Mauer und bewaffnete die Arbeitenden.

Auch uns Christen rüstet der Allmächtige aus, können wir doch zu unserem Schutz den Schild des Glaubens ergreifen. Zudem fordert uns Gott auf, den Helm des Heils und das Schwert des Geistes zu nehmen, welches das Wort Gottes ist.

Im Sinne Nehemias und seiner Bauleute lassen auch wir uns nicht entmutigen, sondern wollen auch in unserem politischen Engagement weiterhin beten und arbeiten, vertrauen und kämpfen, bauen und verteidigen.

Eveline Rytz, Redaktion «EDU-Standpunkt»



Bild: Eveline Rytz

**«Und seid nicht bekümmert, denn die Freude am Herrn ist eure Stärke.»**

Nehemia 8,10

DELEGIERTEN- UND MITGLIEDERVERSAMMLUNG IN OLTEN

## Nicht vergessen!

Am Samstag, 9. April 2016, 14 Uhr, findet im Hotel Olten, Bahnhofstrasse 5, 4601 Olten, unsere jährliche Mitgliederversammlung statt. Die Delegierten treffen sich bereits am Vormittag am selben Ort zu ihrer Delegiertenversammlung.

An unserer Mitgliederversammlung heissen wir nicht nur Mitglieder, sondern auch Freunde und Sympathisanten sowie Gäste herzlich willkommen. Nach dem



Die Geschäftsleitung der EDU CH

statutarischen Teil beschäftigen wir uns mit dem Jahresprogramm und strategi-

schen Fragen. Das Jahr 2017 wird EDU-intern ein Wahljahr sein, stehen doch sowohl in der Geschäftsleitung als auch in anderen Aufgaben mit grosser Verantwortung Vakanzen an.

Nach den eidgenössischen Wahlen 2015 ohne Sitzgewinn für die EDU ist unsere Partei in ihren bestehenden Aufgaben neu herausgefordert. Wir sind dankbar für jedes Mitglied, das die Anliegen unserer Partei mitträgt, mitgestaltet und bereit ist, Verantwortung zu übernehmen.

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz

DIE VERANTWORTUNG VON CHRISTEN IN DER POLITIK

## Grundsätzliches zu unserem Auftrag

In der Gesellschaft werden aktive EDUler als Aushängeschilder wahrgenommen und sie bestimmen mit, wie über konservative Christen gedacht wird.

Wenn man schon länger aktiv in der Politik ist, kann ein «Boxenstopp» von Zeit zu Zeit nicht schaden, ja ein solcher ist sogar dringend anzuraten. Es braucht immer wieder mal ein «in sich gehen» mit grundsätzlichen Fragestellungen zum eigenen Denken und Wirken. Eigentlich gilt dies nicht nur für Politiker, sondern ebenso für jeden Christen und Menschen.

### Zur Ausrichtung

Wer oder was bestimmt meine grundsätzlichen Überzeugungen? Orientiere ich mich vorzugsweise an der Ausrichtung der EDU? Übernehme ich manchmal einfach unreflektiert Meinungen von Personen, die generell mein Vertrauen geniessen und meine Vorbilder sind, und weil es so bequem ist? Welche Rolle spielen dabei Gottes Wort und Trends in der «Welt»? Will ich mit meinem Wirken Gott die Ehre geben oder versuche ich, insbesondere vor Menschen gut dazustehen? Wie wichtig

ist mir das Gebet um Führung, Weisheit und richtige Entscheidungen? Welche Interessen stecken hinter meinen Stellungnahmen und meinem Handeln? Wäge ich bei Unklarheiten verschiedene Argumente gegeneinander ab, damit ich meine Entscheidungen sachlich begründen kann? Was will ich erreichen? Welche Prioritäten setze ich für meine Aktivitäten? Bedenke ich die Auswirkungen positiver wie negativer Art für Menschen, unser Land und die Schöpfung?

### Art und Weise

Der Ton macht die Musik. Es ist entscheidend, welche Grundhaltung ich gegenüber Mitmenschen einnehme. Erwarte ich zum Vornherein Ablehnung, Misstrauen, Angriffe oder Unverständnis von einer Person? Solche Annahmen können mein Verhalten stark beeinflussen und auch von mir selber ausgehen. Ebenso, wenn ich Interesse, Unvoreingenommenheit und Wohlwollen bei anderen vermute, finde oder selbst davon angetrieben werde. Kann ich Menschen lieben oder zumindest wertschätzen, weil ich weiss, dass diese ebenso von Gott geschaffen sind, auch wenn sie ganz anders leben und völlig andere Überzeugungen haben? Versuche ich andere Menschen zu

verstehen? Mache ich mich für eine Sache stark oder greife ich Menschen an? Wann braucht es tatsächlich auch mal heilsam harte Worte, ob passend oder auch nicht; doch vielleicht besser unter vier Augen?

### Miteinander

Bin ich ein «Team-Player», oder muss es vorzugsweise nach meinen Vorstellungen gehen? Wie gut spreche ich mich ab? Kann ich auch nachgeben und Fehler eingestehen? Kann ich mir und anderen möglichst umgehend vergeben? Ist mir ein wertschätzendes Miteinander wichtig? Kann ich unterscheiden zwischen Prioritäten und Details und auch mal «eine Fünfe grad sein lassen»? Verurteile ich Geschwister, wenn sie nicht genau meinen Glaubensüberzeugungen entsprechen, oder bin ich mir bewusst, dass auch ich blinde Flecken habe und Erkenntnis auf dieser Welt Stückwerk ist? Wie hoch sind meine Erwartungen an mich und verglichen dazu an andere? Sehe ich in der EDU die grossen Linien, das Verbindende? Fragen über Fragen. Mögen diese zu Klärungen, heilsamen Korrekturen und Justierungen beitragen und nicht noch mehr Fragen aufwerfen!

Lisa Leisi

INITIATIVE «JA ZUM VERHÜLLUNGSVERBOT»

## Warum braucht es diese Initiative?

**Die Krawalle vom 5. März 2016 vor der Reitschule in Bern, als z. T. verummte Chaoten Strassensperren errichteten und die Polizei mit Steinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern bewarfen, haben diese Frage zum x-ten Male beantwortet.**

Die meisten Verhüllten kommen im Zusammenhang mit Sachbeschädigungen oder bei Tötlichkeiten/Angriffen gegen Personen vor. So nicht nur regelmässig vor der Reitschule in Bern, sondern auch bei anderen Anlässen wie Krawallen bei Fussballspielen oder bei Nachdemonstrationen, z. B. an 1. Mai-Veranstaltungen. Personen, welche nur zerstören wollen, müssen von der Polizei frühzeitig festgenommen werden können.

In der Schweiz darf jede Person ihre freie Meinung haben und diese im Rahmen des Rechtsstaates auch äussern. Nicht nachvollziehbar ist jedoch, weshalb man sich dazu verhüllen muss. Sogar der Euro-

päische Gerichtshof für Menschenrechte hielt in einem Urteil vom 1.7.2014 fest, dass eine freiwillige oder auch aufgezwungene Gesichtsverhüllung im öffentlichen Raum in Konflikt mit dem freiheitlichen Zusammenleben in einer freien Gesellschaft steht.

### Initiative ist dringend nötig!

Mit der Annahme dieser Initiative erhalten die Strafverfolgungsbehörden die Möglichkeit, entsprechende Widerhandlungen zu ahnden. Dass diese Initiative wirklich nötig ist, zeigt auch die Äusserung von Roger Schneeberger, Generalsekretär der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren, nach der Nachdemo gegen die Armee-Truppenübung «Conex 15» im August 2015: «Es besteht dringender Handlungsbedarf, damit v. a. Vermummte besser zur Rechenschaft gezogen werden können.»

Persönlich bin ich der Meinung, dass in der Schweiz, als einem christlich geprägten Land, Verhüllungen des Gesichtes auch aus Glaubensgründen nicht zulässig sind. Verhüllungen aus religiösen

Gründen sind bei uns nicht erwünscht. Verschiedene Glaubensrichtungen sind nach aussen durch entsprechende «Symbole» erkennbar, so tragen Nonnen einen Habit, gläubige Juden eine Kippa oder der Dalai Lama ein orangefarbenes Gewand. Doch nur bei verschleierten muslimischen Frauen ist das Gesicht nicht erkennbar.

### Ihre Hilfe zählt

Wir sind auf Ihre Hilfe angewiesen, indem Sie mit uns Unterschriften sammeln. Die nötigen 100000 Unterschriften möchten wir noch in diesem Jahr zusammenbringen. Bewusst gibt es pro Unterschriftenbogen nur 3 Unterschriften zum Eintragen – damit diese schneller zurückgeschickt werden.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Roland Haldimann, Mitglied des  
Initiativ-Komitees

EINE FRAGE AN MARKUS FANKHAUSER

## Wofür möchten Sie sich politisch einsetzen?

«Als Christen sind wir Botschafter der absolut grössten, lebensveränderndsten und krasssten Botschaft, die es auf dieser Welt überhaupt gibt. Gott, der Schöpfer des Universums, wurde Mensch und hat uns als seine eigenen Kinder angenommen! Als Seine Kinder dürfen wir nun in ganz enger Verbindung mit dem allmächtigen, alles umfassenden und ewigen Gott stehen. Wenn das keine Gute Nachricht ist!!!

Diese Botschaft soll nicht auf unser eigenes Privatleben beschränkt bleiben, sondern sie soll auf den Strassen und Plätzen unseres Landes bekannt gemacht werden. Sie soll auch in der Politik Einzug halten und dort ihre kraftvolle Dynamik entfalten. Dafür, für diese Botschaft der



Erlösung, will ich als Zeuge in der Politik eintreten.

Als Christen sind wir zur bedingungslosen Liebe für unsere Mitmenschen bestimmt, weil wir selbst ohne Verdienst von Gott geliebt wurden/werden. Die Politik ist eine Möglichkeit, wie wir diese Liebe an die Menschen in unserem Land weitergeben können. Ich bin überzeugt, Gott hält für unser Land noch viel Gutes und Segensreiches bereit. Lasst uns in allen Herausforderungen, die uns in nächster Zeit begegnen werden, auf Seine Hilfe hoffen!»

*Markus Fankhauser, 24-jährig, ledig, Bachelorabschluss in Rechtswissenschaften, derzeit im Masterstudium, Delegierter EDU Kanton Bern, Hasle bei Burgdorf BE*



## 1. Volksinitiative «Pro Service public»



**Diese Initiative wurde nicht von einer politischen Partei, sondern durch das Konsumenten-Organisations-Initiativkomitee K-Tipp «Pro Service public» eingereicht. Sie verlangt mit einem neuen Verfassungsartikel 43b folgendes:**

- Betriebe und Firmen, welche Aufgaben im Bereich Service public des Bundes erfüllen und teilweise- oder ganz im Eigentum des Bundes sind, oder vom Bund einen gesetzlichen Auftrag im Bereich Service public erfüllen, dürfen nicht gewinnorientiert geführt werden. Sie dürfen zudem keine fiskalischen Interessen verfolgen und keiner Quersubventionierung von Verwaltungsbereichen des Bundes dienen.
- Der Bund sorgt dafür, dass die Löhne, Entschädigungen und Honorare in diesen Firmen und Betrieben für alle darin Beschäftigten inkl. Management nicht höher sind als beim Personal der Bundesverwaltung.
- Das Gesetz regelt die Einzelheiten und grenzt Grundversorgungsleistungen von den übrigen Leistungen dieser Unternehmen ab und sichert Transparenz über die Kosten und Verwendung der Einnahmen.

Von einer Annahme dieser Initiative wären primär die SBB, Post und Swisscom betroffen. Sie wurden Ende der 90er-Jahre als selbständige Unternehmen ausgegliedert und sind seither grundsätzlich selber für ihre Rechnung und Bilanz

verantwortlich. Das bedeutet auch, dass sie sich privatwirtschaftlich orientieren und organisieren müssen, weil sie ihre Personal- und Betriebskosten grundsätzlich selber zu erwirtschaften haben. Das läuft nicht automatisch, v. a. wenn man die Grösse dieser Konzerne betrachtet. Die SBB funktioniert seit 1.1.1999 als AG in 100%igem Besitz des Bundes. Sie erwirtschaftet rund 8,5 Mrd. CHF Umsatz und beschäftigt über 32 000 Personen.

Die ehemalige PTT wurde aufgespalten in die Post, seit 1.1.1998 als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt geführt, und die Swisscom, welche den Telekommunikationsteil als AG weiterführte. Die Post ist weiterhin im Besitz des Bundes, während die Swisscom heute nur noch zu rund 51 % dem Bund gehört. Der Verkauf der Swisscom-Aktien und die beachtlichen Gewinne der Swisscom spülten seither zweistellige Milliardenbeträge in die Bundeskasse. Der Erlös der Aktienverkäufe wurde meist zur Amortisation von Schulden des Bundes verwendet. Die Swisscom beschäftigt rund 21 000 Mitarbeiter und erreicht über 11 Mrd. CHF Umsatz pro Jahr. Die Post erwirtschaftet heute mit rund 44 000 Angestellten über 8 Mrd. CHF Umsatz und dank der Postfinance einen beachtlichen Gewinn.

### Forderungen der Initiative

Die Forderung, dass die Saläre und Entschädigungen auch der Manager von SBB, Post und Swisscom grundsätzlich nicht höher als bei vergleichbaren Stellen der Bundesverwaltung sein sollen, ist zu unterstützen. Es ist stossend, wenn die Spitzenmanager dieser staatlichen oder halbstaatlichen Konzerne zwei- bis dreimal so viel verdienen wie Bundesräte, die

ja auch nicht gerade unter dem Existenzminimum leben. Doch stellen sich viele Fragen: Was ist bei den Grosskonzernen Post, SBB und Swisscom «Grundversorgung/Service public», bei denen nicht Gewinn angestrebt und keine fiskalischen Interessen verfolgt werden dürfen? Welche Konzernbereiche fallen nicht unter den Begriff «Grundversorgung/Service public»? Bedeutet die Forderung «kein Anstreben von Gewinn» für den Bereich Grundversorgung/Service public eine vollständige Kostendeckung? Falls nein, wie werden Defizite in den Bereichen Grundversorgung/Service public finanziert, wenn keine anderen Verwaltungsbereiche querfinanziert und keine fiskalischen Interessen angestrebt werden dürfen? Stellen sich die Initianten vor, Grundversorgung und Service public seien automatisch kostendeckend? Falls nein, welcher Kostendeckungsgrad muss angestrebt werden? Und da wären noch die Pensionskassen: Als PTT und SBB Ende der 90er-Jahre verselbständigt wurden, zeigte sich, dass in deren Pensionskassen rund 40 Mrd. CHF an Arbeitgeberbeiträgen des Bundes fehlten. Diese wurden in den Folgejahren durch den Bund abgestottert und die Bundespensionskasse Publika vom Leistungs- zum Beitragsprimat überführt und auf finanzierbare Leistungen reformiert. Zu all diesen wichtigen Umsetzungs- und Interpretationsfragen schweigt sich diese Initiative «Pro Service public» aus. In diesem Zusammenhang ist es ebenfalls wichtig zu wissen, dass z. B. die SBB von Bund und Kantonen jeweils einen Leistungsauftrag erhält, für den der Bund jährlich weit über 4 Mrd. CHF in die SBB-Kasse zahlt, ebenso zahlen die Kantone für den Leistungsauftrag im Bereich Lokal- und Regionalverkehr Mrd.-Beträge. Die Gewinne der SBB im Personenverkehr kommen nur dank solchen staatlichen Abgeltungen für den Leistungsauftrag zustande.

In der Parlamentsdebatte votierte kein einziger Parlamentarier für die Initiative «Pro Service public». In der Schlussabstimmung lehnten National- und Ständerat die Initiative gar mit 196:0 und 43:0 Stimmen ab, was doch als sehr merkwürdig gewertet werden muss.

a. NR Markus Wäfler

## 2. Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»

Bei der Einreichung der Unterschriften durch eine parteipolitisch unabhängige und konfessionell neutrale Gruppe kippten die Initianten medienwirksam eine Lastwagenladung Fünfrappenstücke auf den Bundesplatz in Bern und am WEF warben sie am 21. Januar 2016 mit einem Roboterauftritt dafür.

Die Initiative verlangt mit einem neuen Verfassungsartikel 110a folgendes:

*«1 Der Bund sorgt für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens.*

*2 Das Grundeinkommen soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen.*

*3 Das Gesetz regelt insbesondere die Finanzierung und die Höhe des Grundeinkommens.»*

In ihrer Argumentation sehen die Initianten das bedingungslose Grundeinkommen als Sozialreform, bei der ein Teil des produzierten Reichtums in Form eines monatlichen Einkommens an die Bevölkerung umverteilt wird. Dieses Einkommen wird jedem Einwohner/-in ohne Bedingungen oder Gegenleistungen bezahlt. Es soll grundlegende Bedürfnisse wie Nahrung, Wohnung, Krankenversicherung, Kleidung, öffentliche Verkehrsmittel, Teilhabe am sozialen Leben, usw. ermöglichen. Wie im Initiativtext ersichtlich, legt die Initiative selbst keinen Betrag des verlangten Grundeinkommens fest und delegiert diese Aufgabe an den Gesetzgeber. Klar ausgeführt wird jedoch, dass zumindest zu Beginn der Einführung von einem monatlichen Betrag von CHF 2500.– pro erwachsene Person und CHF 625.– pro Kind ausgegangen wird. Gemäss Vorstellung der Initianten würde dieses bedingungslose Grundeinkommen bis zu seiner durch den Gesetzgeber definierten Höhe die aktuellen Sozialleistungen aus AHV/IV, ALV, Familienzulagen, Stipendien, Sozialhilfe usw. ersetzen. Bestehende Sozialeinrichtungen müssten dann lediglich allfällig notwendige



Bild: iStock.ch/ScottNordine

zusätzliche Leistungen erbringen. Natürlich bleibt die Notwendigkeit einer ergänzenden Erwerbstätigkeit für die Existenzsicherung bestehen, insbesondere bei Familien. Inwieweit dieses bedingungslose Grundeinkommen bei den Löhnen in Abzug gebracht würde, ist aus den Unterlagen der Initianten nicht ersichtlich.

### Denkanstoss!

Begründet wird das Anliegen u. a. auch mit dem Hinweis, dass das aktuelle System der Existenzsicherung durch Erwerbstätigkeit und ergänzende soziale Netze nur funktionieren kann, solange Vollbeschäftigung herrscht und Wirtschaftswachstum möglich ist. Dies stimmt grundsätzlich. Es ist aus meiner Sicht ratsam, dass wir uns ernsthafte Lösungsansätze für die Situation überlegen, wo unsere Arbeitslosenzahlen und Sozialhilfekosten massiv steigen und gleichzeitig die Wirtschaft schrumpft. Jedenfalls ist Herr und Frau Schweizer zu empfehlen, die eigenen Ansprüche an Lebensstandard und Wohlstand kritisch zu hinterfragen und sich darauf einzustellen, mit weniger Gewinn, Lohn, Rente usw. auskommen zu müssen. Da kann es auch nicht schaden, sich mal ganz andere Lösungsansätze wie die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens anzusehen, wenn auch dessen Begründungen stark von humanistischen und sozialistischen Umverteilungs- und Gleichheitsvorstellungen triefen.

### Wer soll das bezahlen?

Hier sind die Vorstellungen der Initianten eher diffus. Sie rechnen Einsparungen bei AHV/IV, ALV, EL, Sozialhilfe usw. auf und kommen auf ein Sparpotential von rund 60–70 Mrd. CHF pro Jahr, welches durch das bedingungslose Grundeinkommen

ermöglicht würde. Die Frage ist jedoch, ob diese 60–70 Mrd. «zweckentfremdet» in das bedingungslose Grundeinkommen umgeleitet werden können/dürfen?

### Idee nicht neu

Bekannt sind die Beispiele in einzelnen arabischen Staaten, welche ihren Einwohnern aus den Erdöleinnahmen ein Einkommen zahlen, so dass sie nicht grundsätzlich auf eine Erwerbstätigkeit angewiesen sind.

In Kanada wurde zwischen 1974 und 1979 in der Provinz Manitoba, in deren Hauptstadt Winnipeg und im Landstädtchen Dauphin das Projekt «Mincome» getestet, wobei 1000 Familien mit Einkommen unter der Armutsgrenze monatliche Checks beziehen konnten, ohne über deren Verwendung Rechenschaft ablegen zu müssen. Das Projekt schaffte einen Arbeitsanreiz, indem für jeden Dollar eigenen Zusatzverdienst lediglich 50 Cent von der Unterstützung gestrichen wurde. Dieses Projekt wurde wissenschaftlich begleitet und ausgewertet, die Resultate verstaubten jedoch in Schachteln, bis sie von Eveline Forget, Professorin an der medizinischen Fakultät der Universität Manitoba analysiert wurden. Die, v. a. im Gesundheitsbereich positiven Auswirkungen von «Mincome» dokumentierte sie in ihrer Studie «The Town with no poverty». Auch in den USA startete Präsident Lyndon B. Johnson 1964 den «Krieg gegen die Armut» mit dem Projekt «Great Society», welches für tiefe Einkommen einen staatlichen Zuschuss vorsah. Nachdem 1968 die Republikaner mit Präsident Nixon an die Macht kamen, wurde das Projekt mehr auf die wissenschaftliche Ebene gehievt, um es zu retten. Diverse Feldstudien über die Auswirkungen kamen zu teilweise widersprüchlichen Resultaten über die Wirkung von «Great Society».

Unabhängig vom Abstimmungsausgang, werden wir uns in unserem Land in naher Zukunft mit Fragen explodierender Sozialhilfekosten, Kosten für Flüchtlinge und Asylanten, der Sicherung von AHV/IV und ALV und Pensionskassen beschäftigen müssen.

# Strenge Massstäbe für Senioren der «Risikogruppe 60+»



**Wohneigentum ist in den letzten Jahren stetig beliebter geworden. So betrug der Anteil der Wohnungen im Stockwerkeigentum in unserem Land Ende 2015 rund 36%. Eine weitere Zunahme dürfte allerdings in den nächsten Jahren aus verschiedenen Gründen geringer ausfallen.**

So sind die Preise für Haus- und Wohnungseigentum in den letzten Jahren stark angestiegen, die Gefahr einer Immobilienblase und damit eines Rückschlags bei den Liegenschaftspreisen ist latent gestiegen und hat sich auch bei der Kreditvergabepolitik der Banken niedergeschlagen. Die Wirtschaftslage in unserem Land ist auch nicht mehr so, wie sie einmal war. Das hat dazu geführt, dass die Schweizerische Bankiervereinigung im Rahmen einer Selbstregulierung Grundsätze aufgestellt hat, welche für die Banken in der Schweiz bezüglich des Hypothekengeschäfts als «Richtlinien für die Prüfung, Bewertung und Abwicklung grundpfandgesicherter Kredite» gelten. Seit Mitte 2012 ist zudem Wohneigentum mit mindestens 10% Eigenmitteln zu finanzieren, die nicht aus dem Guthaben der zweiten Säule stammen. Eine 2. Hypothek (in der Regel 15% des Liegenschaftswertes) ist innert 15 Jahren (vorher waren es 20 Jahre) zu amortisieren. Eine weitere Hürde ist die sogenannte Tragbarkeitsrechnung, welche besagt, dass folgende von den Banken eingesetzte kalkulatorische Kosten zu berücksichtigen sind: ein Zins von 5% auf dem Hypothekar-

trag, 1% des Verkehrswerts für den Unterhalt, sowie 1% für die Amortisation der 2. Hypothek. Eine Finanzierung wird gewährt, sofern die kalkulatorischen Kosten für die Immobilie ein Drittel des Nettoeinkommens nicht übersteigen.

## Rentner benachteiligt

Das Interesse an Wohneigentum ist auch bei der Generation 60+ in den letzten Jahren gestiegen. Leider fehlt es bei den Bauerstellern als auch bei den Banken an Ideen und Modellen, um diese Nachfrage mit interessanten Finanzierungsmöglichkeiten, wie Seniorenhypotheken, abzudecken. So stufen z. B. die Banken Käufer ab Alter 60 schon als eigentliche «Risikogruppe», denn als Wachstumspotential ein. Zudem sind Kapitalgeber, wie Versicherungen und Pensionskassen, derzeit noch zu wenig auf dem Hypomarkt für Senioren präsent. Es ist nichts dagegen einzuwenden, dass eine Bank bei der Erteilung von Hypothekar- und anderen Krediten strenge Massstäbe bezüglich der Kreditrisiken anwenden muss; allerdings nur wenn solche überhaupt auch bestehen. Wieso soll bei den Senioren bei einer Tragbarkeitsrechnung überhaupt mit einem kalkulatorischen Hypozins von 5% gerechnet werden, wenn diese für eine längere Laufzeit (z. B. 10 Jahre) für den ganzen oder einen substantiellen Teilbetrag eine Festhypothek abgeschlossen haben? Hier besteht während der Laufzeit der Festhypothek(en) überhaupt kein Zinsänderungsrisiko. Zudem finanzieren die Banken im Rahmen der 1. Hypothek je nach Institut lediglich 60–67% des Liegenschaftswertes. Sollten die Preise der Liegenschaften bei einem wenig wahrscheinlichen finanziellen Super-GAU z. B.

um einen Drittel einbrechen, würden die Financier immer noch keine Verluste erleiden; nur der Liegenschaftseigentümer würde sein Geld verlieren. Kommt dazu, dass Mitarbeiter verschiedener Banken häufig Gesuche für Hypokredite an Personen im Rentenalter stur nach Schema F behandeln und dabei nur Teilaspekte berücksichtigen oder sich nicht die Mühe nehmen, Lösungen für kreditwürdige ältere Kunden zu finden. Z. T. werden nur das Einkommen aus den Renten der 1. und 2. Säule berücksichtigt und allfällige weitere Vermögenswerte überhaupt ausser Acht gelassen. Ferner fällt auch ins Gewicht, dass als Folge der überhöht eingesetzten kalkulatorischen Kosten bei den Zinsen, das künstlich hochgeschraubte Drittel für die Kosten der Immobilie auch die verbleibenden zwei Drittel des Einkommens, welche für den übrigen Lebensunterhalt zur Verfügung stehen, mehr als erforderlich erhöhen.

Gegenüber den noch im Berufsleben stehenden Menschen, haben die Rentner den Vorteil, dass sie über eine «sichere Stelle» verfügen; sie können nicht mehr entlassen werden und die Rente kommt jeden Monat regelmässig. Das Einkommensrisiko tragen ja v. a. die noch im Berufsleben Stehenden. Verliert eine solche Person ihren gutbezahlten Arbeitsplatz, könnte sie im ungünstigsten Falle sogar bei der Sozialhilfe landen; da werden alle genehmigten früheren Tragbarkeitsrechnungen zu Makulatur.

## Strategieänderung fällig

Die Lebenserwartung ist in den letzten 20 Jahren deutlich angestiegen; als Folge müssen die Menschen künftig länger erwerbstätig sein. Auch aus diesem Grunde gehört eine Strategieänderung beim Finanzieren von Wohneigentum für Senioren ab dem Alter 60 auf die Agenda. Zudem zeichnet sich bereits heute, nicht zuletzt infolge der geltenden Tragbarkeitsrichtlinien für Wohneigentum, eine Marktsättigung bei der Nachfrage nach Krediten ab. Eine Markterschliessung bei den Senioren wäre auch eine Konjunkturstütze und auch deshalb willkommen.

Arthur Gasser, Gemeinderat  
Dübendorf



QUOTEN FÜR GLÜCKLICHE FRAUEN IN MÄNNERBERUFEN UND UMGEKEHRT?

## Quotenregelungen richten Schaden an!

**Immer wieder werden für Staatsstellen und Verwaltungsräte Frauenquoten gefordert. Interessanterweise werden keine Quoten für Männer in Frauenberufen oder für Frauen in schlecht-bezahlten Männerberufen postuliert.**

Es ist nicht bekannt, dass sich Frauenrechtlerinnen für Quoten in praktisch ausschliesslich von Männern dominierten Berufen wie z. B. Strassen-, Schienen- und Waldarbeiter oder bei der Kehrrichtabfuhr stark machen würden. Umgekehrt gibt es auch kaum Quotenforderungen von Männern für Berufe wie Lehrer, Kindergärtner, Pflegefachmann oder Hebamme. Bei den erstgenannten Beispielen handelt es sich um keine prestigeträchtigen, aber körperlich anspruchsvolle Berufe und bei letzteren scheint es aus der Sicht von Frauen wie Männern kein Problem zu sein, wenn diese Berufe v. a. von Frauen ausgeübt werden. Zudem ist es nachvollziehbar, dass sich eine Gebärende bevorzugt von einer weiblichen Hebamme betreuen lässt. Im Lehrberuf hingegen wäre eine ausgeglichene Verteilung durchaus wünschenswert, zumal die Hälfte der Schüler Knaben sind und Scheidungskinder oft nur wenig Kontakt zu ihrem Vater oder sonst einer männlichen Bezugsperson haben.

### Nicht sinnvoll

Quotenforderungen kommen v. a. von Frauen und gewissen Politikern, die davon ausgehen, dass Frauen noch immer benachteiligt sind, wenn es um das Erklimmen von Karriereleitern geht. Unlogisch ist dabei einzig, dass bei gleicher Qualifikation und immer noch beklagter schlechterer Bezahlung von Frauen in gehobenen Stellungen, weiterhin Männern der Vorzug gegeben wird. Will man die Frau wegen ihres Geschlechts nicht und fürchtet man, dass sie plötzlich schwanger wird und dann andere Prioritäten setzt? Ehrlicherweise muss gesagt werden, dass Bewerbungen von Frauen oft schlicht fehlen. Stimmt es eben doch – trotz vieler gegenteiliger Behauptungen –, dass Frauen selbst oft, ab einer gewissen Stellung, nicht mehr auf Karriere aus sind? Können



und wollen sie es sich nicht vorstellen, Familie und/oder hohe Arbeitsbelastung auch zeitlich zu managen? Haben sie keine Lust, sich in eine Aufgabe berufen zu lassen, welche mit vielen Belastungen und insbesondere Stress verbunden ist? Es ist erwiesen, dass Frauen besonders sensibel auf Stress reagieren, auch bereits weibliche Föten im Mutterleib bei Stress der Mutter. Frauen ziehen oft Beziehungen und allgemein soziale Kontakte einer Führungsposition mit hohem Verdienst in der Arbeitswelt vor.

### Zwang gegen die Natur

In der «Weltwoche» Nr. 8 wurde unter dem Titel «Ideale Ergänzung» anhand von eigentlich längst zugänglichen Forschungen eindrücklich dargelegt, dass Mann und Frau ziemlich anders sind hinsichtlich Begabungen und Vorlieben. Sie sind auf gegenseitige Ergänzung und Bereicherung angelegt, was bereits in der Schöpfungsgeschichte zum Ausdruck kommt. Umso tragischer, wenn sich die Gender-Ideologie wissenschaftlich gibt und biologisch-hormonell angelegte Unterschiede nicht wahrhaben will. Wohl nicht wenige Ehekonflikte fassen auf daraus resultierendem Unverständnis. Sogenannte Gender-Fachleute – zumeist Frauen – unternehmen alles, um die beiden Geschlechter in ihrem Selbstverständnis zu verunsichern. Unter Einsatz von erheblichen Steuergeldsummen verführen Gender-Professorinnen Frauen wie Männer zu Aufgaben und Rollen, die ihnen nicht entsprechen und in der Folge ihnen und anderen schaden. So darf eine Frau nicht mehr einfach gemäss ihren Vorlieben und Stärken gefördert werden und diese ausleben. Umgekehrt geht es den Männern nicht besser. Auch aus diesem Grund schaden jegliche Quoten-

regelungen in einer sonst freiheitlichen Gesellschaft. Dies soll nicht heissen, dass Frauen wie Männer im Einzelfall nicht auch eher untypische Berufe ergreifen können, wenn sie dies wünschen und sich dafür eignen.

Lisa Leisi

## Impressum

### Herausgeber/Redaktion

EDU-Standpunkt  
Postfach 43, 3602 Thun

### Administration und Adressmutationen

033 222 36 37  
mutationen@edu-schweiz.ch

### Redaktion und Marktplatzinserate

033 222 37 07  
redaktion@edu-schweiz.ch  
Fax 033 222 37 44

### Anzeigenverkauf (ohne Marktplatz)

031 818 01 42  
inserate@edu-schweiz.ch  
Postcheck 30-23430-4  
(IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4)  
www.edu-schweiz.ch  
Abo: CHF 30.-/25 € (inkl. 2,5% MWST)

### Redaktion

Hans Moser, Daniel Beutler,  
Arthur Gasser, Roland Haldimann,  
Thomas Käser, Lisa Leisi, Markus  
Reichenbach, Daniel Suter,  
Eveline Rytz (Schlussredaktion),  
Harold Salzmann (Layout)

Schreibende geben ihre  
persönliche Ansicht wieder.

Layout: EDU  
Druckvorstufe, Druck und  
Spedition: Jordi AG, Belp

Erscheint monatlich, 11 Ausgaben



# «Es ist schwer, Freund von Feind zu unterscheiden»

Die riesigen Flüchtlingsströme nach Europa lösen in uns Ängste aus. Doch sind wir Christen durch die Bibel aufgefordert, nicht nur den Nächsten wie uns selbst, sondern auch den Fremden zu lieben. Dies ist einerseits eine Herausforderung, insbesondere, wenn die Flüchtlinge aus islamischen Ländern stammen. Andererseits kann es auch eine Chance für uns sein, diesen Menschen aus ganz anderen Kulturen die bedingungslose Liebe Jesu Christi näherzubringen. Die EDU im Gespräch mit dem evangelischen Theologen, Pastor, Arabist, Islamforscher und Buchautor Kurt Beutler.

**«EDU-Standpunkt»:** Wie kam es dazu, dass Sie sich als evangelischer Theologe mit dem Koran und somit dem Islam auseinandersetzen?

**Kurt Beutler:** Schon in jungen Jahren hat mich diese Religion verblüfft, hat sie doch den christlichen Glauben in vielen Ländern völlig ausgerottet. Ist das nicht Grund genug, sich eingehend damit zu befassen?

**Sie haben verschiedene Bücher zum Thema Islam und dem Spannungsfeld Islam-Christentum herausgegeben. Sehen Sie sich als Brückenbauer zwischen den beiden Religionen bzw. Kulturen? Schliesslich habe ich ja eine Ägypterin geheiratet. Wie sollte ich da nicht Brückenbauer sein? Natürlich sind wir täglich mit Asylsuchenden dran und bestrebt, hüben und drüben Verständnis zu fördern.**

**Stellen die endlosen Flüchtlingsströme aus vorwiegend islamischen Ländern in Ihren Augen (k)eine Bedrohung für das christlich geprägte Europa dar?**

Wenn Europa wahrhaftig christlich wäre, so gäbe es keine Macht der Welt, welche es überwinden könnte. Doch wir sind ein Kontinent, der dazu tendiert, an seiner Vergangenheit nur Negatives zu sehen. Ganz im Gegensatz zum Muslim, dem Kritik an den Vätern oder an der eigenen Religion als Gräuel gilt. Er sieht es sogar als eine gute Tat, zur Ehrenrettung seiner Religion Dinge zu behaupten, von denen er eigentlich keine Ahnung hat, ob sie wirklich so waren oder nicht. Wir haben dem christlichen Glauben enorm viel zu verdanken, etwa unseren ganzen Wohlstand, die Freiheit und Menschenrechte, die Entwicklung der Technik, die Bildung usw. Doch die meisten Europäer wissen nichts davon. Sie denken, alles Positive

in Europa sei gegen den Widerstand der Christen entstanden. Eines der Themen meiner Bücher ist es, hier die historischen Zusammenhänge aufzuzeigen.

**Bezahlt der Westen dafür, dass er sich durch Waffenlieferungen und militärische Einsätze in die Machtkämpfe in islamischen Staaten (Irak, Libyen, Syrien usw.) einmischte?**

Man sucht muslimische Verbündete, um gegen den Islamismus zu kämpfen. Das ist leider eine sehr heikle Sache, denn beide berufen sich letztlich auf dasselbe Fundament. Dabei hat es böse Überraschungen gegeben. Regelmässig haben sich vermeintlich gemässigte Muslime plötzlich in bösartige Terroristen verwandelt. Der Islam ist eine Religion mit zwei Gesichtern. Es ist schwer, Freund von Feind zu unterscheiden. So glauben die westlichen Politiker bis heute, Saudi Arabien sei unser



bester Freund, obwohl die Medien immer wieder darauf aufmerksam machen, dass dieses Land extrem gefährlich ist.

**Die libysche Opposition rief aber damals eindringlich nach militärischer Unterstützung des Westens. Hätten diese Appelle ignoriert werden sollen?**

Auch die syrische Opposition hat einst um Hilfe gerufen, auch der Kuwait, als er vom Irak überfallen wurde. Aber heute dankt niemand dem Westen für seine Hilfe. Im Gegenteil, man hat nur noch mehr Grund gefunden, den Westen zu hassen. Meine Meinung ist: Solange man nicht Feind und Freund unterscheiden kann, sollte man nicht eingreifen. Der Westen hat wiederholt die Falschen unterstützt. Daraus sollte man zumindest Vorsicht lernen. Der Versuch, die Schwachen zu schützen, wäre meiner Meinung nach ein sinnvolleres Ziel, besonders die religiösen Minderheiten.

**Hat der Westen aus Angst vor Anschlägen vor dem Islam kapituliert?**

Mit Angst umzugehen ist nicht einfach. Jeder Lehrer wird zuerst an den schwierigsten Jungen in seiner Klasse denken, bevor er einen Entscheid trifft. Vor einer ähnlichen Situation stehen wir in Zukunft in Bezug auf Muslime. Werden wir es wagen, aus ihrer Sicht unpopuläre Entscheidungen durchzuziehen, auch wenn wir



**Kurt Beutler**, geb. 1960, verheiratet mit einer Ägypterin, 2 erwachsene Töchter, 2 Grosskinder  
Theologiestudium an der Uni Bern und am London Bible College  
6 Jahre Aufenthalt im Nahen Osten, Tätigkeit bei der Heilsarmee in Zürich, Kreis 5  
Interkultureller Berater bei MEOS wohnhaft in Zürich

## «Der Islam ist eine Religion mit zwei Gesichtern»

damit Gewalt in Kauf nehmen müssen? Darf der Papst noch etwas Negatives über den Islam sagen, auch wenn deswegen 100 Menschen sterben müssen? Oder sagt er doch besser nur Positives?

**Sind tief im Islam verankerte Menschen in unserer sogenannten offenen Gesellschaft integrierbar oder läuft es auf Parallelgesellschaften hinaus?**

Mohammed war nicht nur ein Religionsgründer, sondern auch ein Politiker. Er gründete die beste Gesellschaft, die es gibt, so behauptet es der Koran. Jedes andere politische System ist demnach minderwertig. Zwar gibt es im Islam auch antipolitische Strömungen (z. B. Sufis), die aber die politische Seite Mohammeds und aller Kalifen nicht aus den alten Büchern auslöschen können. Parallelgesellschaften gehören zum Islam. In jedem Staat – sei er islamisch oder nicht –, der nicht die Strafen des Gesetzes der Scharia anwendet, besteht immer die Gefahr, dass diese von Privatpersonen vollzogen werden.

**In Europa herrscht eine Kultur der Schuld, im Islam jene der Ehre. Können Sie uns kurz die wesentlichen Unterschiede schildern?**

Wenn eine Frau Ehebruch begeht, fragt man im Westen vielleicht als Erstes, was wohl in der Ehe schief gelaufen sei und wie man die Beziehung in Zukunft verbessern könnte. Im Osten dagegen denkt man nur an die Schande, die über den Mann/die Familie gekommen ist, und bringt die Frau um. Der Ehrengötze ist ein herzloser Gott. Von Allah heisst es zwar, er sei barmherzig. Darüber kann man diskutieren. Doch eines ist klar: Gegen den Ehrengott schützt er seine Leute nicht. Ich habe in meinem Buch «Ehrenmorde vor unserer Haustür» zehn Arten von Ehrenmord beschrieben. Ehrenmord gibt es nicht nur bei Muslimen. Aber eines fällt auf: In islamischen Ländern sind sie besonders verbreitet.

**Weshalb fliehen gläubige Muslime in den dekadenten Westen oder verbringen hier ihre Ferien (z. B. im Berner Oberland)?**

Es besteht ein zwiespältiges Bild vom Westen. Einerseits gilt er als dekadent

und verabscheuungswürdig, andererseits ist er aus verschiedenen Gründen aber auch beneidenswert. Gerade die Schweiz ist berühmt für ihre Menschenrechte. Hier wurde ja nicht nur das Rote Kreuz gegründet (übrigens von einem gläubigen Christen), sondern in der Folge wurde Genf sogar die weltweit bekannte Hauptstadt der Menschenrechte. Viele Asylsuchende, die ja vielfach vor anderen Muslimen fliehen, werden wie magisch in die Schweiz gezogen.

**Kürzlich wurde publik, dass jeder Muslim unter Todesstrafe verpflichtet sei, fünf Mal am Tag zu beten und dabei die Al-Fatiha zu zitieren, in deren sieben Versen u. a. auch der Zorn Allahs gegenüber Juden und Christen Gegenstand ist. Können Sie das bestätigen?**

Religionsfreiheit ist jedenfalls im Islam nicht selbstverständlich. Wenn jemand in Saudi Arabien während der Gebetszeit auf der Strasse gefunden wird, greift ihn die Religionspolizei auf und straft ihn. Die offizielle Strafe für Ex-Muslime ist gemäss dem Schariagesetz nach wie vor der Tod. Zwar gibt es viele Muslime, die ganz anderer Meinung sind. Aber eine Antwort auf diesen Widerspruch hat mir noch niemand geben können.

In der Fatiha werden Christen und Juden nicht namentlich erwähnt. Der Muslim betet dabei aber um die Führung auf dem geraden Weg, nicht auf jenem derjenigen, welche «unter Allahs Zorn stehen und der Verirrten». Dass mit diesen beiden Ausdrücken Juden und Christen gemeint sind, wird in den Hadithen und manchen Korankommentaren gelehrt.

**Missionswerke berichten von grosser Offenheit von Muslimen gegenüber der frohen Botschaft des Evangeliums in ihren Heimatländern. Wie können Muslime, die hierher kommen, erreicht werden?**

Asylanten sind vielfach vor Muslimen geflohen. Muslime haben ihre Liebsten getötet. Nun kommen sie zu den unreinen Europäern, die Alkohol trinken, Schweinefleisch essen und ihre Eltern ins Altersheim abschieben. Es ist eine historische Chance, die sich uns hier bietet, sie durch

### «Der Ehrengötze ist ein herzloser Gott»

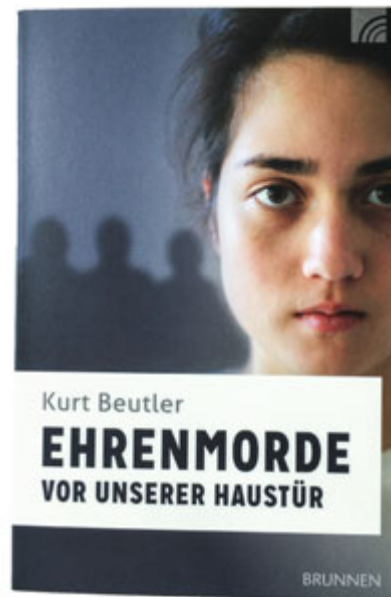
echte Fürsorge und Liebe zu überraschen und diese Vorurteile zu durchbrechen. Die meisten werden vielleicht nicht gerade Christen werden, aber wir werden trotzdem einen neuen Respekt für unseren Glauben in sie pflanzen, der sich noch in kommenden Generationen positiv auswirken kann. Gerade kürzlich habe ich in einer Zeitung gelesen, mit dem Asylanstrom habe die «grosse Stunde der Freikirchen» geschlagen. Das freut mich riesig zu sehen, wie sich überall die Kirchentüren als erste öffnen, egal ob Landes- oder Freikirchen.

#### Haben Sie eine Lieblingsbibelstelle?

Viele. Speziell gefällt mir, dass Jesus seine Jünger mit den Worten aussandte, wie Lämmlein unter die Wölfe zu gehen. Es ist klar, dass sich die Wölfe über die Schafe hermachen werden. Und manch ein Schaf hat sich eine Wolfsnatur zugelegt, um nicht zu unterliegen. Doch wir müssen besonders darauf achten, unsere Schafsnatur nicht zu verlieren. Darin liegt unsere Stärke!

**Herr Beutler, wir danken für dieses Gespräch und wünschen Ihnen für Ihre Tätigkeit weiterhin Gottes reichen Segen.**

Interview: Eveline Rytz



Erschienen im Brunnen Verlag,  
ISBN 978-3-7655-2061-7,  
143 Seiten, Preis: CHF 16.–

## ISLAMISIERUNG IN EUROPA UND DER SCHWEIZ

### Hier gelten unsere Gesetze!

**Für die EDU sind Glaubens- und Meinungsäusserungsfreiheit in Staat und Gesellschaft zentrale Grundrechte einer freiheitlichen Staatsordnung. Deshalb ist die Partei auch für Glaubensfreiheit für Muslime innerhalb von Verfassung und Gesetz, aber gegen den absoluten Machtanspruch des politischen Islams (siehe Aktionsprogramm der EDU).**

Aus meiner Sicht möchten die westlichen Regierungen dem Nahen Osten die Demokratie als Staatsform aufzwingen, was massgeblich zur politischen Destabilisierung dieser Region beitrug, hat doch der Islam seine eigenen politischen Wertevorstellungen. Diese Ausgangslage hat den Kampf der Islamisten gegen den Westen befeuert. Wir werden in unlösbare Konflikte verstrickt.

Das Scheitern des Westens im Nahen Osten spricht nicht gegen westliche Wer-

te, wohl aber gegen die Idee, diese Werte im Nahen Osten zu installieren. Die Folgen der Destabilisierung der (ehemals) autoritären, aber stabilen Regimes durch den Westen sind Konfessions- und Stammeskriege und eine verstärkte Einflussnahme radikaler Islamisten vor Ort, wie auch bei uns.

#### Der Scharia verpflichtet

Diese Politik der Demokratisierung provoziert die Islamisten zu Terrorakten in Europa, v. a. in Regionen mit hohem Anteil an Muslimen. Viele Muslime sind entsetzt darüber, was im Namen Allahs passiert, unternehmen aber nicht viel, um ihren persönlichen Glauben von der politischen Ideologie des Islam zu trennen. Man distanziert sich nicht von Suren im Koran, die zu Mord an Andersgläubigen aufrufen. Viele fromme Muslime vertrauen den Gesetzen der Scharia eher als dem Schweizer Recht, da jenes der Offenbarung Allahs entspringt. Dieser Entwicklung muss die Politik energisch entgegenzutreten, tickt doch hier eine Zeitbombe.

Uns bleibt nichts anderes übrig, als Moscheen und Koranschulen zu kontrollie-

ren. Zum Erhalt unserer Demokratie und unserer Kultur muss der politische Islam in unserem Land eingegrenzt werden. Religion kann jetzt definitiv nicht mehr Privatsache sein, würde das doch bedeuten, dass es uns nichts angeht, was in hiesigen Moscheen läuft. Solange Moscheen die Trennung der Gesellschaft in Männer und Frauen vorleben und die Bevölkerung in Gläubige und Verirrte geteilt wird, verweigern sich v. a. junge Männer unserer Gesellschaft.

#### Glaubensfreiheit für alle

Sie darf aber nicht missbraucht werden, um Freiheit, Sicherheit oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau schleichend zu untergraben. Dies geschieht aber mit der Islamisierung. Es entstehen Parallelgesellschaften, welche die rechtlichen Normen und gemeinsamen Werte unseres Landes untergraben, wie dies z. B. bereits in England und Frankreich der Fall ist. Parallelgesellschaften sind der Nährboden für radikale Islamisten.

Thomas Lamprecht

# Es herrscht ein Desaster

**Am 11. März jährte sich die verheerende Erdbeben- und Flutkatastrophe in Japan mit dem nachfolgenden GAU im Reaktorkomplex von Fukushima Daiichi zum fünften Mal. In der Folge brach in Deutschland die Anti-AKW-Hysterie aus und der Atomausstieg, die Energiewende wurde propagiert.**

Unterdessen bestätigte sich in den Untersuchungen der Verdacht, dass die Betreiberfirma Tepco empfohlene technische Sicherheitsmassnahmen aus Kostengründen nicht realisiert hatte, was dazu führte, dass die 14m hohe Tsunamiwelle die Notstromversorgung im Reaktor Komplex zerstören konnte. Im ein paar Kilometer südlich, ebenfalls an der gleichen Küste gelegenen Reaktor Komplex von Fukushima Daini waren solche sicherheitstechnische Anlagen für die Sicherung der Notstromversorgung in Betrieb. Das gleiche Erdbeben bewirkte in beiden Komplexen die Notabschaltung der Reaktoren. Die gleiche 14 m hohe Welle richtete auch in Fukushima Daini Zerstörungen an, aber dank den Sicherheitsmassnahmen funktionierte die Notstromversorgung und die Reaktoren konnten dadurch gekühlt werden.

## Energiestrategie 2050?

Auch der Bundesrat – damals in Frauen-Mehrheit – beschloss hysterisch unbedacht den Atomausstieg für die Schweiz und im Wahljahr 2011 v. a. aus politischen Gründen die Energiewende auf einer mehr als wackeligen Datenbasis. Das Parlament hat unterdessen erste Massnahmenpakete der Energiestrategie 2050 beschlossen und auch in der Frühjahrssession 2016 im Ständerat weitere Subventionen verteilt, diesmal an die Wasserkraftwerke. Dabei verstrickt sich das Parlament bei seiner Energiestrategie 2050 in einem Subventionsdesaster, das einerseits die eigene Wasserkraft und Versorgungssicherheit zerstört und andererseits dieser Wasserkraft das Sterben erleichtert, damit Energiekonzerne und Wirtschaft ja nicht ein allfälliges Referendum gegen diesen Energiestrategie 2050-Unsinn unterstützen. Mittlerweile sind nämlich dank der

verantwortungslosen deutschen Energiewende, welche sämtliche Marktmechanismen ausser Kraft setzt, die Strompreise am Spotmarkt auf zirka 2–4 Rp. pro kWh gesunken, was sämtliche herkömmlichen hydraulischen oder thermischen Kraftwerke in die roten Zahlen und somit den Ruin jagt. In der Schweiz haben sowohl BKW, ALPIQ und AXPO in den letzten Jahren wegen dieser politischen Ressourcen-Vernichtung Milliarden-Abschreiber auf ihren Kraftwerkanlagen vornehmen müssen, ebenso die deutschen Energieriesen E.ON und RWE. Zeitweise, je nach Sonnenschein, herrschen in Teilen dieses Selbstzerstörungssystems in Europa für Strom Negativpreise. D. h., die Kraftwerke bezahlen noch für den von ihnen produzierten Strom! Der deutsche Staat zahlt den Photovoltaik- und Windstromproduzenten künstlich erhöhte Subventionspreise für Strom, auch wenn ihn niemand brauchen kann. Dank dieses gesetzlichen Netzeinspeisevorrangs in Deutschland und der Schweiz für diesen Subventionsstrom müssen die konventionellen Kraftwerke zurückfahren. Der gleiche Staat zahlt z. B. den Holländern ein paar Cent pro abgenommene kWh, was diesen gestattet, an sonnigen Tagen über Mittag die eigenen Gaskraftwerke abzustellen und dafür den deutschen Geschenkstrom zu brauchen.

## Wasserkraft aussen vor

Die Schweizer Flusskraftwerke holen sich beim Bundesamt für Energie die Genehmigung, in Negativpreis-Stunden, entgegen den Konzessionsbestimmungen, die Turbinen abzustellen. Diesen Unsinn lassen sich sowohl Deutschland wie auch die Schweiz einiges kosten. Deutschland verteilte 2015 22,9 Mrd. € Fördergelder für Strom mit einem Marktwert von 1,5 Mrd. €. Die Schweiz verteilte 2015 für Solarstrom 38 Rp./kWh, für Windstrom 14 Rp./kWh und für Kleinwasserkraftwerke 11 Rp./kWh, total 769 Mio. CHF. Kein Wunder lechzen die Betreiber der Wassergrosskraftwerke in ihrer Situation nach diesen Subventionstöpfen. Die Schweizer Stromkonsumenten zahlen diesen Unsinn mit der Förderabgabe von aktuell noch 1,3 Rp./kWh (später 2,3 Rp.) auf dem Strom und dem Netzentgelt, mit dem auch die von Photovoltaik und Windstrom verursachten Kosten für die Stabilisierung der Netzschwankungen berappt werden.

## Wer soll das bezahlen?

Noch schöner sieht die Rechnung für deutsche Stromkunden aus. Trotz rekordtiefen Strompreisen an der Grosshandelsbörse gehören sie, dank horrenden Förderabgaben, zu den «Geniessern» der höchsten Strompreise in Europa von gegen 30 Cent/kWh. Vor dieser totalen politischen Marktverfälschung und Privilegierung von subventioniertem Photovoltaik- und Windstrom verschliessen die europäischen und schweizerischen Wettbewerbsbehörden die Augen und machen keinen Mucks. Würden sich Erdöl- oder Chemiekonzerne solche marktverfälschende Monopole konstruieren, würden die gleichen Wettbewerbsbehörden Zetermordio schreien. Doch schliesslich



steht hinter dem ganzen Energiewende-Wahnsinn ja die Weltrettungs-Irrlehre von CO<sub>2</sub> und Klima. Damit lässt sich jeder Staatsinterventionismus rechtfertigen, auch den CO<sub>2</sub>-freien Atomausstieg um jeden Preis (siehe auch Artikel auf S. 12/13).

## Referendum ergreifen!

Anhand der KEV-Statistik von Swissgrid ist auszurechnen, wie teuer dieser angeblich umweltfreundliche Solar- und Windstrom ist, der gleichzeitig die bewährte Umwelt schonende einheimische Wasserkraft zerstört – ökologische Ressourcenvernichtung in Perfektion. Fragt sich, wie lange es dauert, bis auch die Wirtschaft, Stromkonzerne, Parlamentarier und unsere Regierung diesen Irrweg einsehen und korrigieren. Jedenfalls sind ein Referendum und eine Abstimmung über diese ominöse Energiestrategie 2050 mehr als dringend nötig!



# Energie für morgen...

**Gibt es in Zukunft genug Energie für die Bevölkerung mit ihrem ungebremsen Wachstum, den von vielen anzustrebenden Wohlstand, den Wirtschaftsaufschwung in den grossen und bevölkerungsreichen Ländern wie Indien, China und auf dem afrikanischen Kontinent?**

Machen die seit Jahren laufenden Diskussionen, Strategien und Studien über die Klimaerwärmung Sinn? Wäre nicht eine Ausrichtung auf die Bereitstellung von weiterer Energieproduktion viel wichtiger? Interessanterweise strebt die Energiestrategie 2050 des Bundesrates aber genau das Gegenteil an, nämlich auf die Kernkraft zu verzichten und die 40% Anteil KKW-Strom mittels «Erneuerbaren Energien» zu erzeugen!

Weltweit rechnen die Fachleute mit einem gewaltigen Zuwachs des Energiebedarfes. Würden sämtliche Autos in der Schweiz mit Strom fahren, bräuchte es mehr als zwei zusätzliche KKW's, um den zusätzlichen Strombedarf zu decken. China allein rechnet mit seinen 1,375 Mrd. Menschen mit einer Verdoppelung seines Strombedarfs bis 2040!

## Energiediskussion: Fakten

1. Die Schweiz und Deutschland sind die einzigen Länder der Welt, die zukünftig auf Kernkraft verzichten wollen. Sind alle andern Länder, die diese Produktion ausbauen, nicht ganz bei Trost?
2. China, das einen gewaltigen Energiehunger hat, will bei der Stromproduktion weg von Kohle und Erdöl. Im Reich der Mitte herrscht kein CO<sub>2</sub>-, sondern ein Luft- und Umweltverschmutzungsproblem! Die Chinesen werden ihre Kernkraftwerke von heute 23 auf 49 erhöhen, die Wasserkraft ausbauen und weiter mit Fotovoltaik und Windkraft die zukünftige Energie erzeugen. Kohle wird auch zukünftig über 50% zur Energiegewinnung beisteuern.
3. Die USA sind das Land mit der grössten CO<sub>2</sub>-Reduktion, weil sie ihren Strom heute vermehrt mit Gaskraftwerken statt mit Kohle produzieren.
4. Deutschland hat im Jahr 2014 24 Mrd. € für die Umlagerung der Energieerzeugung aufgewendet und durch den

Verkauf von Energie knappe 4 Mrd. € eingespielt. Wie lange kann sich das Land diesen Luxus noch leisten?

5. Der Weltenergiebedarf 2015 wurde anteilmässig mit 86,3% durch fossile Energieträger abgedeckt.
6. Die Bemühungen unseres Landes, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu verringern, ist verglichen mit dem Zuwachs desjenigen von China (Verdoppelung des Ausstosses seit der Jahrtausendwende) praktisch sinnlos. Erst im Jahre 2030 wird der maximale Ausstoss nach Angaben der Chinesen plafoniert!

## Schweizer Musterknaben

Punkto Energiebedarf und Verhalten hängt das Handeln der verschiedenen Länder vom Vorkommen fossiler Ressourcen ab, einer starken, unabhängigen Wirtschaft und von ihrem politisch-strategischen Vorgehen für die Zukunft. Für verschiedene Staaten heisst die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls keineswegs, dass sie sich ihre eigene Strategie nehmen lassen. Sie verfolgen andere Interessen! Gäbe es die Schweiz mit ihren Bemühungen, CO<sub>2</sub> zu vermindern, nicht mehr, würde dies bei der weltweit ausgestossenen Menge des Naturgases niemandem auffallen!

Hinsichtlich der zukünftigen Energiebeschaffung sind folgende Faktoren wichtig: Die Gewinnung soll möglichst ressourcenschonend erfolgen und fossile Energie aus verschiedenen Gründen geschont werden. In diesem Punkt sind sich die meisten Länder einig. Mit welchem Energieträger ist die grösste Ausbeute zu erreichen?

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Beim grenzenlosen Bedarf der zukünftigen Gesellschaft wird die Kernkraft eine führende Rolle spielen. Die Illusion einer 2000-Watt-Gesellschaft führt in die falsche Richtung, weil die Menschheit zukünftig nicht weniger, sondern gesamthaft mehr Energie beansprucht. Zudem kommen wir nicht darum herum, die Energiefrage gesamthaft zu betrachten, also nicht nur aus der Sicht des CO<sub>2</sub>-Anfalles. Da nützt es auch nichts, wenn wir Schweizer Musterknaben im Energiesparen sind. Die Würfel in Energiefragen fallen in grossen Ländern wie China, den USA, Indien, Brasilien, Kanada usw.

Die Schweiz hat bezüglich ihrer Energiepolitik vom Weltenergieerat Bestnoten erhalten, steht sie doch von 130 bewerteten

Ländern an erster Stelle! Die Organisation, die im Jahre 1923 gegründet wurde, untersucht die nationale Energiepolitik der Länder der Welt. Der geschaffene Begriff «Weltenergie-Trilemma» beschreibt den Konflikt zwischen den Zielen Energieversorgungssicherheit, Zugang zu zahlbarer Energieversorgung und Umweltverträglichkeit.

## Neue Technologie

Die Chinesen haben erkannt, dass bei der Stromversorgung mit Kohle der Smog und das CO<sub>2</sub> gewaltige Probleme verursachen. Deshalb werden sie ihren Strom mittel- und längerfristig mittels KKW's, Fotovoltaik, Wind- und Wasserkraft erzeugen. Sie sind sich bewusst, dass deutlich mehr Energie zur Verfügung gestellt werden muss, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Eine neue Technik ist der von den Chinesen entwickelte Kugelhaufenreaktor. Statt mit Brennstäben funktioniert die Anlage mit Graphit ummantelten Uran-/Thorium-Kugeln. Die Sicherheit ist wesentlich höher, zudem kann bei einem GAU keine Kernschmelze eintreten!

Im Weiteren hat in den USA eine junge Frau, Leslie Dewan, das Startup-Unternehmen Transatomic Power gegründet, mit dem sie an einem neuartigen Atomreaktor-konzept arbeitet. Das Prinzip des Flüssigsalzreaktors ist, mit sehr wenig spaltbarem Material auszukommen. Es können sogar ausgebrannte Brennstäbe verwendet werden, so dass am Schluss nur noch 3% Abfall zurückbleiben.

## Sicherheit

Die Sorgen der Menschen bezüglich der Gefahren der Kernkraft sind ernst zu nehmen. Die Wissenschaft ist hier aber um grösstmögliche Sicherheit bei klar erkennbaren Gefahren bemüht. Es gibt aber andere Gefahren mit ungeheuren Folgen wie die Abholzung tropischer Regenwälder, die Überfischung der Meere oder die Plünderung von seltenen Ressourcen wie die riskante Gewinnung von Coltan für unsere Handys. Dazu kommen Abfallprobleme der Millionenstädte und das unbeschränkte Bevölkerungswachstum.

## Argumente für Kernkraft

- KKW's sind wirtschaftlich, alle Folgekosten sind gedeckt.

- Der kräftig steigende zukünftige Strombedarf infolge Zunahme der Weltbevölkerung, Zuwanderung, Wohlstandsverhalten, ÖV, Elektroautos und Wirtschaft kann v. a. durch KKW's gedeckt werden.
- KKW's sind sicher – wir schauen auf 40 Jahre sicheren Betrieb zurück. Die Gefahren werden überschätzt.
- Die neue Generation KKW's ist noch viel sicherer.
- Unser Bedarf muss hier und nicht im Ausland zur Verfügung stehen.
- KKW's sind umweltfreundlich – kein CO<sub>2</sub> wird emittiert. Die Entsorgung der Abfälle ist gelöst (wird hier leider politisch verhindert). Finnland ist am Bau einer Endlagerstätte!
- Die Leistung ist berechenbar, d. h. es wird so viel produziert, wie im selben Moment gebraucht wird.
- Die hohe Energiedichte. Vergleich: 600 Windkraftanlagen müssten für die Leistung eines kleinen KKW's erstellt werden. Es gibt genügend Energie! Strategien und Verbote von Regierungen und internationalen Gremien behindern neue Ideen. Erfindungen werden von privaten Genies gemacht und nicht aufgrund staatlicher Verordnungen. Ein Verzicht auf Energie bedeutet Abbau von Arbeitsplätzen und Wohlstandsverlust, vielleicht auch Krieg. Lassen wir den unternehmerischen Leistungen freien Lauf, um zukunftsgerechte Lösungen zu finden.

Martin Lex

*(Literaturempfehlung: «Der 2000-Watt-Irrtum», Markus O. Häring, Münster-Verlag, ISBN 978-3-905896-56-5. Interessantes zum Thema Kernkraft: [www.nuklearforum.ch](http://www.nuklearforum.ch))*



Verlag Hoffmann und Campe  
ISBN 978-3-455-50250-3, 443  
Seiten, Preis: 13 €/Amazon

## BUCHREZENSION

# «Die kalte Sonne»

### Gehen der Inselstaat Kiribati im Pazifik oder das südasiatische Land Bangladesch bald unter? Und müssen wir deshalb unseren Lebensstil ändern?

Die beiden Autoren, Fritz Vahrenholt, Professor für Chemie an der Universität Hamburg, und Sebastian Lüning, Geologe und Paläontologe, welche seit 20 Jahren die natürlichen Veränderungen der Umwelt beobachten, haben es gewagt, die mehrheitlich herrschende Meinung über die Klimaveränderung kritisch zu hinterfragen. Ihr Fazit: Nicht der Mensch sei verantwortlich für den Klimawandel, sondern die Sonne. Klimaveränderungen habe es schon immer gegeben, deshalb sei die Behauptung, das menschengemachte CO<sub>2</sub> sei der alleinige Verursacher für den Temperaturanstieg, überbewertet. Mindestens die Hälfte der Erwärmung der letzten 40 Jahre sei der Aktivität der Sonne und anderen natürlichen Prozessen zuzuschreiben. Weil die Aktivität der Sonne abnehme, sei bis ins Jahr 2040 mit einer Abkühlung des Klimas und bis Ende des Jahrhunderts mit einer Erwärmung von einem Grad Celsius zu rechnen. Deshalb werde das Zwei-Grad-Ziel des Weltklimarats IPCC (Intergovernmental Panel of Climate Change) sowieso eingehalten und ein hektisch erzwungener Umbau unserer Wirtschaft sei nicht notwendig. Man könne sich mit dem Wechsel zu erneuerbaren Energien Zeit lassen. Vahrenholt und Lüning kritisieren den Weltklimarat und die Politik, welche in ihrem Eigeninteresse die Klimadebatte anheizen und dabei eine riskante Umwandlung der Gesellschaft riskierten. Insgesamt beeinflusst die Auswirkung der Sonne das Klima viel mehr, als es der Weltklimarat IPCC darlegt.

### Neue Debatte anregen

Das Buch zeigt auf einfache Art und Weise auf, wie das Klima durch weit mehr Komponenten beeinflusst wird, als bis jetzt angenommen, wie z. B. die Sonnenaktivität, das Magnetfeld der Sonne, kosmische Strahlung, Wolkenbildung, Ozeanzyklen usw. Das Klima sei eine weit komplexere Angelegenheit und deshalb seien schnelle Schlussfolgerungen mit

Vorsicht zu genießen, besonders wenn sie politische und wirtschaftliche Ziele bestimmen sollen.

Die Autoren sparen nicht mit Angriffen auf den Weltklimarat und die Politik. Vielleicht gerade deshalb kritisieren die meisten Fachleute dieses Buch und betrachten dessen Theorien als widerlegt oder zumindest äusserst spekulativ. Der Mainstream in Wissenschaft und Politik vertritt heute die Ansicht, dass der von Menschen verursachte CO<sub>2</sub>-Ausstoss der hauptsächlich Grund für die Klimaerwärmung sei. Deshalb müsse dieser extrem gesenkt werden, damit nicht ganze Inseln plötzlich im Meer verschwinden. Hat sich eine allgemeine Meinung in der Bevölkerung gefestigt, so ist es schwer Kritik zu üben. Die Autoren finden es nicht richtig, die Leute durch zukünftige wissenschaftliche Theorien in Angst zu versetzen, um damit politische Ziele zu erreichen und betrachten Umweltschutz und Klimawandel als zwei verschiedene Gebiete. Dem Umweltschutz gehöre höchste Priorität und es müsse noch viel gemacht werden. Der Klimawandel hingegen sei noch sehr unerforscht und dürfe deshalb nur sehr zurückhaltend als richtungweisend für die Gesellschaft angewandt werden. Jegliche Art von Panikmacherei sei fehl am Platz.

### Was ist davon zu halten?

Natürlich haben auch die Autoren ihre Eigeninteressen, was es für Laien schwierig macht, diese Behauptungen richtig einzuordnen. Für eine demokratische Meinungsbildung jedoch ist dieses Buch ein Muss, um sich kritisch mit den gängigen Meinungen auseinanderzusetzen. Gedanken und Ansichten, die sich gegen den Mainstream wenden, helfen, differenzierter über Dinge nachzudenken. Deshalb kann ich dieses Buch von Herzen empfehlen.

War nicht früher die Lehre über die Zukunft das Gebiet der Religionen und Philosophien? Haben diese ausgedient und ist die Wissenschaft nun zur Religion geworden?

Markus Reichenbach

## Aufruf von ungewohnter Seite

**Der Journalist, Alt-Achtundsechziger und Atheist Peter Rothenbühler appelliert in einer Kolumne in der «Nordwestschweiz» vom 29. Februar 2016 an die Studenten, die Bibel zu lesen!**

Im Gespräch mit jungen Intellektuellen, welche Literatur, Linguistik und Geschichte studiert hatten, musste Rothenbühler feststellen, dass diese nie die Bibel gelesen hatten. Für ihn gehört die Bibel, als eine eminent wichtige, unumgängliche Quelle zur Auseinandersetzung mit der päisichen Welt, einfach dazu.

Unabhängig davon, ob jemand gläubig ist oder nicht, sei es wichtig zu wissen, dass die Bibel das Buch der Bücher ist, und praktisch das gesamte Wertesystem der heutigen demokratischen Staats- und Rechtsordnung auf den Zehn Geboten und den von Jesus Christus verkündigten revolutionären Prinzipien und Werten wie Nächstenliebe, Barmherzigkeit, Vergebung und v. a. der Gleichwertigkeit der Menschen fusst.

Für Rothenbühler macht es keinen Sinn, «aus gut gemeinter weltanschaulicher Neutralität» auf die Weitergabe von biblischen Geschichten zu verzichten. Die Lücke werde durch anderes gefüllt, etwa wenn dann weibliche Zeitgenossen massenhaft Bücher über östliche Religionen und Philosophien verschlingen.

Dieses wohlthuende Plädoyer verdeutlicht, dass es mehrere gute Gründe gibt, die Bibel auch Ungläubigen zur Lektüre zu empfehlen! Auch dürfte viel mehr auf die segensreichen Auswirkungen der Ausbreitung des Christentums in der Geschichte hingewiesen werden. Mögen wir selber argumentierfreudiger und -fähiger werden und einander dabei unterstützen.

Lisa Leisi

(Livenet.ch v. 1.3.16: <http://www.livenet.ch/n.php?nid=288029>)

## Russland meldet sich zurück

**Während Nordkoreas Diktator Kim-Jong Un v. a. rhetorisch mit den Muskeln spielt, rüsten China und Russland weiter auf. Präsident Putin will in Zukunft mehr Präsenz auf der Weltbühne zeigen.**

Mit der Ankunft russischer Truppen in Syrien verschärfte sich die Lage seit letztem September zusätzlich. Zwar gab Moskau vor, den Terrorismus bekämpfen zu wollen. In Tat und Wahrheit geht es dem Putin-Regime aber darum, den syrischen Herrscher Assad zu stützen. So galten die russischen Bombardements denn auch mehr den Rebellen, als den Kämpfern des Islamischen Staats (IS). Russische Kampfjets flogen z. T. fast viermal so viele Angriffe wie die Anti-IS-Koalition – insgesamt über 3000. Und: Russland bombardierte flächendeckend.

Fachleute ziehen folgendes Fazit: Moskau wollte in erster Linie die syrische Regierung unter Baschar al-Assad vor einem Sturz bewahren. Das hat seinen Grund. «Russland will in Syrien und im Nahen Osten präsent bleiben. Der einzige Partner, der das erlaubt, ist die syrische Regierung. Russland will deshalb unbedingt erreichen, dass die syrische Regierung den Krieg nicht verliert», sagt Michael Brozka, Professor und Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Uni Hamburg. Könnte sich Syrien als Basis für den neuen russischen Imperialismus anbieten? Es scheint durchaus denkbar, dass Putin Syrien als Sprungbrett zur Weltbühne nutzen wird.

### Grossmachtallüren

Wer erinnert sich nicht an das Husarenstück? Eine russische U-Boot-Besatzung rammt am Nordpol eine russische Flagge in den Meeresgrund. Die Botschaft ist offensichtlich: Dieser Boden ist russisches Reich. Im weitläufigen Gebiet werden schier unerschöpfliche Gas- und Ölvorkommen vermutet.

Auch innenpolitisch machte das Putin-Regime von sich reden. Mit regierungskritischen Medien, also Landsleuten, geht Putin zuweilen recht unzimperlich um. Seine Ambitionen zur Festigung von Macht und Einfluss machen auch vor den neuen Öl-Oligarchen nicht Halt.



Bild: Freemages.com

Während der Westen Milliarden in Verschrottungsprogramme sowjetischer Waffensysteme investierte, formierte sich Russland unter Wladimir Putin zur neuen Weltmacht. Das «Gleichgewicht des Schreckens» wird neu ausnivelliert.

### Lage bleibt angespannt

Inzwischen sind die ersten Flugzeuge nach Russland zurückgekehrt. Zumindest eine Lufttruppe bleibt noch in Syrien. Sie soll im Jargon des russischen Verteidigungsministeriums (wer oder was wird da z. Z. eigentlich verteidigt?) weiterhin «terroristische Einrichtungen» angreifen. Will heissen: Wer nicht Russlands Freund ist, gilt als Feind. «Terrorist ist für Moskau jeder, der sich gegen Diktator Assad auflehnt», definiert die Süddeutsche Zeitung diesbezüglich.

Russland, häufig verglichen mit einem Bär, ist aus seinem langen Schlaf erwacht und zeigt die Zähne. Glasnost (Transparenz, Offenheit) und Perestroika (Umbau, Umgestaltung) haben ihre Unschuld verloren. Die Annäherung durch den damaligen Generalsekretär Michail Gorbatschow ab 1985 an den Westen ist vorderhand passé.

Nach dem Teilabzug der «siegreichen Roten Armee» aus Syrien ist ein Friede im Nahen Osten weiter entfernt als je. Die Zeche zahlt die Zivilbevölkerung, wie meistens bei kriegerischen Auseinandersetzungen. Und auch die EU, die sich im zehnten Jahr von Schengen mit neu errichteten Grenzzäunen und vermehrt autonom entscheidenden Nationalstaaten konfrontiert sieht. Noch weitere Flüchtlingsströme würden das schwache Konstrukt EU an seine bildlichen Grenzen führen. «Wir schaffen das» gilt zurzeit eher für Putins Russland.



# Europas neue Vielvölkerstaaten

Angela Merkel setzte sich mit ihrer «Willkommenskultur» über Gesetze hinweg, indem sie nicht mehr zwischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen unterscheiden wollte: mit verheerenden Auswirkungen auf ganz Europa.

Frau Merkels Slogan: «Wir schaffen das», mag gut gemeint sein, kann jedoch täglich weniger über die unbedachten Folgen hinwegtäuschen. So steht ihr Entscheid nicht im Einklang mit den Regierenden in Deutschland und Europa und wird auch vom Volk nicht mitgetragen. Entsprechend gehen Länder wie Schweden, Ungarn, Österreich usw. eigene Wege.

## Wichtige Unterscheidung

Hoch problematisch ist es, wenn Einreisende nicht hinsichtlich ihrer Herkunft und Schutzbedürftigkeit überprüft werden können. Es müsste alles unternommen werden, um zu gewährleisten, dass nicht die «falschen Leute» Hilfe bekommen, und in der Folge an Leib und Leben wirklich Verfolgte im Stich gelassen werden, weil sie es nicht bis nach Europa geschafft haben. Eigentlich sollten sich die EU wie auch die Schweiz mit umfassender und grosszügiger Hilfe in Konfliktzonen und angrenzenden Ländern für die Notleidenden einsetzen. Dafür sollten keine Flüchtlinge mehr in unsere Länder einreisen können, ausgenommen für dringende medizinische Hilfe.

## Folgenreiche Auswirkungen

Wenn Infrastrukturen völlig überlastet sind, ist keine geordnete Aufnahme, Registrierung und Versorgung mehr gewährleistet. Gleichzeitig wollen ganz viele noch schnell die Gelegenheit zur Einreise in ihre Wunschländer nutzen, solange die Grenzen noch offen sind, was die Situation weiter verschlimmert. Klar, dass man an Landesgrenzen festsitzende Menschen nicht einfach sich selbst überlassen kann. Verheerend jedoch sind Stimmen, die sagen, jeder Mensch habe das Recht auf Niederlassung und Arbeit, wo immer es ihm gefällt. Eine entsprechende Umsetzung würde zum Niedergang aller Staaten



mit höherem Lebensstandard führen und anarchistische Zustände hervorrufen.

## Fatale Entwicklungen

Wegen den zahlreich eingewanderten jungen Männern, ihrer Kultur und ihrem Geschlechterverständnis kommt es zu vermehrten Straftaten, Übergriffen und Angst in der Bevölkerung. Weiter führen die damit zusammenhängenden finanziellen Herausforderungen zu Befürchtungen der Bürger, dass die eigene finanzielle Situation im Alter oder auch schon früher gefährdet sein könnte. Ein umkämpfter Arbeitsmarkt und teure Integrationsmassnahmen fördern zudem das Konkurrenzdenken und eine aufkeimende Neidkultur. Massen säkularer und ichbezogener Menschen könnten bereit werden, sich auch mit unmenschlichen bis hin zu verbrecherischen Mitteln zu wehren.

Und schliesslich will man fatalerweise im Westen nicht wahrhaben, dass sich der Islam und die Unterordnung unter die Scharia mit unserer Demokratie, unseren Freiheiten und Rechten nicht vertragen.

## Totalitarismus

Um Unruhen zu vermeiden und Realitäten zu unterdrücken, greifen die überforderten Regierungen immer mehr zu Mitteln, die eigentlich totalitäre Staaten kennzeichnen: Sie nehmen Einfluss auf die Medien, zensieren und beeinflussen die Rede- und Meinungsfreiheit. Es gibt Denkverbote sowie gelenkte, einseitige Informationen und vertuschte neue Diskriminierungen. Immer mehr wird geregelt, verboten und gelenkt werden müssen. Je nach Flüchtlingszahlen und Herangehensweise stehen auch Schulen und damit Lehrpersonen vor grossen Herausforderungen. Zugunsten eines Vielvölkerstaats scheint das Rezept zu heissen: Eigenheiten, Glaube und Kultur

der einheimischen Bevölkerung sind möglichst zugunsten von Vielfalt, in welchem Bereich auch immer, aufzulösen.

## Hoffnung

Nachfolger Jesu Christi, die bereit sind zu teilen, viel Zeit zu investieren in Asylbewerber, Niedergelassene, Ausländer und ihre Nächsten allgemein, können Probleme mildern helfen und Auswirkungen entschärfen. Dazu gehört, dass Fremde Jesus Christus kennenlernen dürfen. Die Frage ist, ob Christen bereit sind, sich für diesen so wichtigen Dienst an der Gesellschaft zu veräussern, vom Wohlfühl-Christentum Abschied zu nehmen und sich ganz neu zu investieren. Ebenso entscheidend wird sein, ob die Regierungen und Organisationen sie auch gewähren lassen, oder ob im Namen der Religionsfreiheit, des Neutralitäts- und Diskriminierungsverständnisses christliche Engagements unterbunden werden.

Lisa Leisi

## Berichtigung

In unserem Artikel «Schwarzer September 1970» – ein schwarzes Kapitel der Schweiz! in «EDU-Standpunkt» 03-2016 hat sich leider eine Verwechslung eingeschlichen, für die wir um Entschuldigung bitten. Die damalige Aussenministerin, Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, trug die muslimische Kopfbedeckung nicht bei ihrem Besuch bei Diktator Muammar Gaddafi in Libyen, sondern in der iranischen Hauptstadt Teheran, anlässlich eines Vertragsabschlusses über Erdgaslieferungen. Dem aufmerksamen Leser danken wir an dieser Stelle herzlich.

Redaktion «EDU-Standpunkt»

## Marktplatz

### Verkaufen

**Einkaufen bei IP-Versand, ist Einkaufen in Israel.** Alle Produkte, die wir per Versand vertreiben, werden in Israel hergestellt, nicht wenige davon durch kleine Familienbetriebe. Gerne senden wir Ihnen einen Katalog zu. IP-Versand, Scheuermattweg 3, 3638 Blumenstein (033 356 06 21, ipversand@gmail.com)

### Vermieten

**4 1/2-Zi.-Einfamilienhaus in Herisau,** renoviert/isoliert, Doppelgarage, Umschwung neben Landwirtschaftszone. Miete nach Absprache (078 602 63 28)

**Ferienwohnung im sonnigen Hochtal Avers GR,** 6 Betten, für Ferien zu jeder Jahreszeit. Frühjahrswanderungen in einer einmaligen Bergflora, Sommerferien für die ganze Familie, baden im Bergbach, einfache bis anspruchsvolle Bergwanderungen, Herbstferien in einer stimmungsvollen Landschaft. CHF 380.–/W., bzw. CHF 480.–/W. in der Wintersaison (071 642 15 19)

**Gemütliches Studio in Pignia bei Andeer** mit Arvenmöbeln, 2 Betten, Kochnische, Dusche/WC, TV/DVD, ideal für Ehepaare, Wanderungen, Spaziergänge, Heilbad in der Nähe. CHF 60.–/N. (inkl. Endreinigung) (071 642 14 58)

**2-Zi.-Ferienwohnung am Thunersee,** ideal bis 2 Pers. PP vor dem Haus. ÖV in 2 Min. Top Ausflüge, wandern, baden, biken, usw. CHF 60.–/N. Endreinigung CHF 70.– (078 666 36 51)

**Ferienhaus an der Costa Blanca in Spanien,** mit eigenem Pool, nahe Golfplatz u. Meer, für 4 Pers., ab Euro 550.–/W., je nach Saison (0041 55 283 32 32)

**Sonniges, ruhiges Zimmer mit Frühstück für eine Person in Gstaad.** Eigene Dusche, Parkplatz, Abhol- dienst. CHF 70.–/N. alles inklusiv. Siehe [www.gstaad.ch](http://www.gstaad.ch) «Bed and Breakfast for One» (033 744 42 86, 079 302 43 86)

### Suchen

Ich, **59-jähriger Mann, sehbehindert** durch Operation, möchte ab und zu kleinere **Wanderungen unternehmen.** Gibt es für mich im **Raume AG/SO** eine Chance, sich einer **Wandergruppe** anzuschliessen? Ich freue mich auf ein Echo (044 382 23 31)

**Nicht mehr benötigte Wolle.** Wird in der Schweiz verarbeitet. Fertige Stricksachen gehen an die Mission am Nil. Vielen Dank! Susanna von

Gunten, Widen 11, 8494 Bauma (043 931 00 52)

**Glaubenslieder 1.** Wer von dem vergriffenen Liederbuch ISBN 978-3-89436-386-4, ISBN 978-3-89436-394-9 kleinere oder grössere Mengen nicht mehr braucht, kann sich melden. Preis nach Absprache (062 724 91 30, m.schmidmeister@bluewin.ch)

### Verschenken

**Bauern-Eheschlafzimmer,** Kirschbaumholz, gekauft bei Hoffmann, Uster. **Schrank 4-türig, Kommode, 2 Nachttische,** Bett 180x200 cm (2 Matratzen), Standardmatrasse. Raum Zürich (044 391 86 07)

**Vortrags-CD von Prof. Werner Gitt: «Schuf Gott durch Evolution?».** Gratis beim Literatur-Dienst, Postfach 217, 3113 Rubigen BE (079 613 20 02, literatur-dienst@bluewin.ch)

**Kopiergerät, Kyocera mita KM-2030, schwarz-weiss,** A4 und A3, ca. 15-jährig, noch gut funktionierend, mit Rollkorpus. Muss abgeholt werden (EDU-Zentralsekretariat Thun, 033 222 36 37)

### Offene Stellen

**Ab Schuljahr 2016/17 suchen wir eine Lehrkraft für die 3. bis 6. Klasse, 80–100%,** zusätzliche Schulleitung möglich. Verein Visionja, Sonnauweg 3, 9100 Herisau (079 746 96 32, marcel.bruehlmann@visionja.ch)

Wir suchen **gelernten Landschaftsgärtner mit Berufserfahrung** in unserem Kleinbetrieb (vorwiegend Gartenunterhalt) Region Bern. Sie sind motiviert, belastbar und übernehmen gerne Verantwortung. Stellenantritt baldmöglichst, nach Vereinbarung. Wir freuen uns auf Ihren Anruf (079 354 33 23)

**Unser kleines Restaurant braucht Verstärkung: Koch, Allrounder/in für 20–50% gesucht.** Kochen, servieren, Gästekontakte pflegen und für Sauberkeit sorgen. Als christliche Gemeinschaft führen wir das familiäre Restaurant und freuen uns auf die passende Person, die unser Anliegen mitträgt. Wir bieten einen gut ausgestatteten Arbeitsplatz, attraktive Arbeitszeiten an einem schönen Ort in einem flotten Team. Verein Rohrbach-Träff, Beat Reichen, Adelbodenstrasse 218, 3724 Ried/Frutigen (rohrbach-traeff@bluewin.ch, [www.restaurant-rohrbach.ch](http://www.restaurant-rohrbach.ch))

### Diverses

**Zürich-Flughafen: Privat einmalig günstig parkieren!** Wir übernehmen Ihren Wagen im Parking 3 und bringen ihn nach Ihrer Rückkehr dort hin zurück. (044 860 16 37, 079 667 57 42, [www.tankstelle-soli.ch](http://www.tankstelle-soli.ch))

## Die EDU lädt ein

**Baden:** jeden 1. Montag im Monat, 19.30h, Fam. Eipe, Kreuzweg 17, EDU-Gebet (056 222 53 79)

**Heiden:** jeden 1. Dienstag im Monat, 14.30h, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26, EDU-Gebet (079 533 83 87)

**Männedorf:** jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen, 9–10h, Luegislandstrasse 27, EDU-Gebet (044 920 45 43)

**Zürich:** jeweils am 2. Mittwoch im Monat, 18.30–19h, Glockenhof, Raum der Stille, Sihlstrasse 33, EDU-Gebet (044 322 61 46)

**9.4. Olten: 9.15 – ca. 12.30h, Hotel Olten, Delegiertenversammlung; 14.00–16.00h, Mitgliederversammlung der EDU Schweiz**

**11./25.4. Steinmaur:** 20h, KGH, Schulwiesstrasse 7, EDU-Gebet (044 865 20 32, 044 856 01 93)

**17.4. Herisau:** 17 h, Pfingstgemeinde, Rosenaustrasse 1, EDU-Gebet (071 351 67 39)

**23.4. Näfels:** 13.30 h, Restaurant National, Alte Bahnhofstrasse 6: EDU-Infoanlass zu Abstimmungsvorlagen (055 640 59 60)

**2.5. Flawil:** 20h, Restaurant Park, Bachstrasse 19, EDU-Infoabend zu Abstimmungsvorlagen (071 420 92 64)

**3.5. St. Gallen:** 20h, Café Gschwend, Goliathgasse 7 (bei Marktplatz), EDU-Infoabend zu Abstimmungsvorlagen (071 420 92 64)

**23.5. Suhr:** 20h, Bärenmatte, Öffentlicher Vortrag «Flüchtlingswelle, Finanzkrise, Terror – steht Europa vor dem Abgrund?», mit Dr. theol. Roger Liebi

**05/2016 Der nächste «EDU-Standpunkt»** wird am 2. Mai versandt (Redaktionsschluss: 15. April, Druck: 28. April)

## Christliche Anlässe

**Seminar für biblische Theologie Beatenberg**

**11.–24.4.** Frühlings-Aktionswochen: 30% Rabatt

**14.–22.4.** Weiterbildung: 2.–5. Mose, mit Walter Gislin

**25.–29.4.** Weiterbildung: Gemeindebau, mit Jürg Wüthrich (033 841 80 00, [www.gaestehaus.ch](http://www.gaestehaus.ch))

### Ländli Oberägeri

**15.–17.4.** Frauen-Verwöhn-WE «Seele braucht Zeit»

**22.–24.4.** Seminar «Das Geheimnis der Schwäche»

**29.4.–1.5.** cpd-Single-WE: «Frei und stark» (041 754 92 14, [www.zentrum-laendli.ch](http://www.zentrum-laendli.ch))

### Nationaler Israel-Gebetstag der Israel-Werke Schweiz

**16.4.** 13–17h, EGW, Nägeligasse 9, Bern

### Gemeinde für Christus

**22.–24.4.** Week-end féminin Anmeldung an Seminar- u. Freizeithaus Wydibühl, Herbligen (031 770 71 71, [www.freizeithaus.gfc.ch](http://www.freizeithaus.gfc.ch))

**27.4.–4.5.** Missiologie, mit Peter Oppliger Anmeldung an Bibelschule Wydibühl, Herbligen (031 770 71 36, [www.bibelschule.gfc.ch](http://www.bibelschule.gfc.ch))

### Marsch des Lebens für Israel

**4.5.** 16.30–19.30h, Kreuzbleiche-Parkplatz, St. Gallen ([www.mcs-sg.ch](http://www.mcs-sg.ch))

### AKTION 3,16

**7.5.** 15–20h, Bundesplatz, Bern: Nationaler 3,16-Anlass ([www.aktion-3-16.ch](http://www.aktion-3-16.ch))

### Credo Schloss Unspunnen

**13.–16.5.** Mountainbike-Freizeit **13.–16.5.** Pfingstfreizeit (033 822 32 06, [info@credo.ch](mailto:info@credo.ch))

### Familie ist Zukunft

**Vortrag von Bestsellerautorin Birgit Kelle**

**19.5.** 19–21h, MZH Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich, Vortrag «Gender-Mainstreaming – wie eine Ideologie unsere Gesellschaft unterwandert» ([www.familieistzukunft.ch](http://www.familieistzukunft.ch)/veranstaltungen)

### Schweizerische Traktatmission

**22.5.** Minoritätsgemeinde Aarau: Jahresfest (062 843 06 61, [info@christliche-schriften.ch](mailto:info@christliche-schriften.ch))

### Mut zur Gemeinde

**11.–18.6.** Hotel Scesaplana, Seewis: «Ferienwoche 55plus» ([www.mut-zur-gemeinde.ch/55plus](http://www.mut-zur-gemeinde.ch/55plus), Anmeldung bis 28.5., 081 307 54 00)



Bild: pixabay.com



LESERBRIEFECKE

## Sie kommen zu Wort

«EDU-Standpunkt» 03-2016

Einmal mehr staune ich über die differenzierten Artikel im «EDU-Standpunkt». Einmal mehr bin ich überzeugt, die Schweiz braucht ein Medium wie den «EDU-Standpunkt». Einmal mehr danke ich GOTT, dass ER auch in Zukunft den Beteiligten der EDU Schweiz, Einsicht, Weisheit und Bereitschaft, in der Vergebung zu leben, schenkt.

Danke für die guten Beiträge in der März-Nr., sie motivieren mich, im Gebet für die EDU, unser Land und unsere Regierung einzustehen.

Trudy Hohenberger, Leissigen BE

Ergänzung zum Leserbrief «Rom – 500 Jahre nach Luther» in «EDU-Standpunkt» 03-2016

Vor 500 Jahren blühte der Ablasshandel. Wo Geld im Spiel ist, kann vieles schiefgehen – auch heute noch. Im Katalog zur Ausstellung «Bildersturm» des Berner Historischen Museums vom Jahre 2000 ist auf Seite 209 vermerkt: «Mit Ablassprivilegien finanziert der Berner Rat den Bau des Münsters». Der gewaltige Kirchenbau wurde 1421 begonnen und erst im 16. Jahrhundert vollendet. Aus einer Bulle vom 12. April 1478 geht hervor, dass die Berner schon über 40000 Gulden ausgegeben hatten. Deshalb griff der Rat auf den Ablass als wichtigstes Finanzierungsmittel zurück. Der Vatikan wurde angeknabbert. Man schickte den Stadtschreiber Thuring Fricker nach Rom. Der Ertrag der Romfahrt war mässig. Im Gepäck einer weiteren Reise von Burkhard Stör befand sich das illuminierte Gebetbuch Karls des Kühnen aus der Burgunderbeute. Der damalige kunstliebende Papst freute sich. Die Geldquelle des Ablassgeschäfts blieb erhalten. Geld kann auch für einen guten Zweck dienen. Das Berner Münster konnte ein Jahrhundert später eingeweiht werden.

Erwin Auf der Maur, Beringen SH

**Die Welt wird verkehrter**

Heute vernimmt man oft von Problemen wegen mangelndem Wachstum und von Zentralbanken, die verzweifelt nach Lösungen suchen. Jetzt sind wir so weit, dass einer der spart, bestraft wird und wer sich verschuldet, wird belohnt. Als mein Grossvater Raiffeisenkassier war, verdoppelte sich das Ersparnis innert 25 Jahren dank den Zinsen. Auch in Israel, zu Salomos Zeiten, war grosser Reichtum im Land. Silber galt nichts. Salomo musste wohl kaum Negativzinsen einführen, oder Billionen Geldscheine drucken, um Wachstum anzukurbeln oder die Landeswährung anzupassen. Es braut sich weltweit eine grosse Wirtschaftskrise zusammen. Auch Propheten warnten uns schon vor Jahren durch Gottes Wort. Der Grund der Probleme ist in einer Welt voller Sünden zu suchen. Die Heimsuchungen der kommenden Zeit sind bereit und es ist eine Frage der Zeit, bis die ganze Welt in der schlimmsten Krise steckt.

Daniel Dreier, Kleinlützel SO

## UDF TICINO

15 MEMBRI, MA SOLO 5 CONTANO QUALCOSA

## La Svizzera nel Consiglio di sicurezza dell'ONU?

**Nelle scorse settimane i media hanno riportato la notizia secondo cui «La Svizzera ha buone possibilità di ottenere un seggio nel Consiglio di sicurezza delle Nazioni Unite nel 2023 e 2024. Ne è convinto l'ambasciatore elvetico all'ONU a New York, Jürg Lauber» e molti se ne rallegrano.**

Che bella notizia! Avremmo il privilegio di essere uno dei dieci Paesi che non contano nulla nel Consiglio di sicurezza dato che gli altri cinque (Cina, Russia, USA, GB e Francia), i membri permanenti, hanno il diritto di veto su qualsiasi risoluzione.

Il Consiglio di sicurezza dell'ONU è un esempio incredibile di cosa non è la democrazia. Ha cinque membri permanenti (sono i vincitori della seconda guerra mondiale; il criterio andrebbe magari aggiornato al 2016!) di soli tre continenti e fra questi membri permanenti non ci sono Paesi come p.es. l'India che, da sola, ha il doppio degli abitanti di Russia, USA, GB e Francia messi assieme o l'Indonesia che è il quarto Paese più popoloso al mondo. Assurdamente antidemocratico è poi il diritto di veto: qualsiasi risoluzione disturbi gli interessi di uno di questi cinque Paesi o dei loro alleati viene bloccata.

### ONU: organizzazione anti-israeliana

Nel 2002 ho votato contro l'adesione della Svizzera all'ONU poiché la ritengo un'organizzazione faziosa, oltre che poco democratica; un paio di esempi: in Siria, in quattro o cinque anni, ci sono stati centinaia di migliaia di morti, dieci volte di più che in un secolo di conflitti fra l'odiato Israele ed i Palestinesi; però, l'assemblea generale dell'ONU, nel solo 2014, ha approvato una ventina di risoluzioni contro Israele e una sola sulla Siria! Dal 2006 al 2015 il Consiglio per i diritti umani dell'ONU ha emesso circa 120 condanne; ebbene la metà erano contro Israele, l'altra metà contro il resto del mondo! Zero condanne a Paesi che non

sono certo esempi di rispetto dei diritti umani come Cina, Pakistan e Afghanistan. E sapete qual è il Paese che nel 2016 è a capo del Consiglio per i diritti umani dell'ONU? L'Arabia Saudita! Mi astengo dal commentare ....



Edo Pellegrini,  
presidente UDF Ticino



EDU KANTON BERN:  
GROSSRATSFRAKTION  
TAKTIERTE  
ERFOLGREICH

## Bildungs- strategie ohne Gender!



In der diesjährigen Märzsession wurde im Berner Kantonsparlament u. a. über die Bildungsstrategie 2016 beraten.

Einer der umstrittenen Punkte betraf die verbindliche Verankerung der sogenannten «Genderperspektive» in den Bereichen Lerninhalte, Unterricht und Schulentwicklung, sowie der Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen.

Die EDU-Fraktion beantragte, auf diesen Passus zu verzichten. Wider Erwarten wurde dieser Antrag angenommen. Der Begriff «Gender» wird in der Bildungsstrategie 2016 nicht erscheinen. Unterstützt wurde unser Antrag durch die SVP, FDP und EVP. Man hätte es leicht übersehen können, da das Wort «Gender» im Bericht zur Bildungsstrategie nur ein einziges Mal erscheint und das parallel zu den Begriffen «Gleichstellung» und «Gleichberechtigung». Ohne dem zuständigen Regierungsrat Bernhard Pulver (Grüne) eine böse Absicht zu unterstellen, bedurfte es einiger Überzeugungsarbeit, um den Ratsmitgliedern zu erläutern, dass der Begriff «Gender» kein Synonym für Gleichstellung oder Gleichberechtigung darstellt, sondern als Ausdruck einer Ideologie, welche die natürliche Polarität von Mann und Frau in Abrede stellt, zu verstehen ist.

Als taktisch hilfreich erwies sich der Versand eines kurzen Argumentariums zuhanden der Fraktionspräsidenten – dies aufgrund der Erkenntnis, dass sich die meisten Ratsmitglieder noch nie mit dem Genderbegriff auseinandergesetzt hatten und sich daher der Tragweite der Problematik nicht bewusst waren.

Grossrat Daniel Beutler

EDU KANTON THURGAU

## Wahlaufruf

Am 10. April 2016 finden im Kanton Thurgau die Grossratswahlen statt. Für die EDU Thurgau gilt es die bei den letzten Wahlen erreichten sechs Kantonsratssitze zu verteidigen.

Dies ist kein leichtes Unterfangen, zumal die beiden langjährigen Zugpferde Helene Jordi und Daniel Wittwer nicht mehr zur Wahl antreten. Die Wahlen vor vier Jahren zeigten einmal mehr, dass die EDU auf jede einzelne Stimme angewiesen ist. So entschied damals eine einzige unveränderte EDU-Liste zugunsten eines Sitzes für unsere Partei!

Die aktuellen politischen Debatten in Bundesbern (PID, Stiefkindadoption gleichgeschlechtlicher Paare, usw.) zeigen deutlich, dass es die EDU braucht. Die Basis für einen Erfolg auf nationaler Ebene steht und fällt mit der politischen Arbeit in den Kantonsparlamenten. Deshalb rufe ich alle Thurgauer Leser des «EDU-Standpunkts» auf, die unveränderte Liste 1 der EDU in die Urne zu werfen.

EDU APPENZELLERLAND:  
MITGLIEDERVERSAMMLUNG

## Daniel Graber wird Präsident!

Seit dem Rücktritt von Erwin Dick im Jahr 2012 blieb das Amt des Präsidenten trotz intensiver Suche vakant. Der Vorstand schrumpfte auf zwei treue Mitglieder – die EDU Appenzellerland war an ihrem Tiefpunkt angelangt.

An einer Krisensitzung in Teufen im Jahr 2013 konnten neue Mitglieder für den Vorstand gewonnen werden, darunter auch Daniel Graber. In kleinen feinen Schritten ging es stetig vorwärts. An der diesjährigen Mitgliederversammlung in Herisau war es nun soweit. Daniel Graber stellte sich für das Präsidentenamt zur Verfügung und wurde zur Freude aller einstimmig gewählt. Auch wurden

Bitte machen Sie auch auf unsere Partei aufmerksam und mobilisieren sie weitere EDU-Wähler.

Nicht Wahlberechtigte rufe ich dazu auf, im Gebet für die EDU und ihre Kandidaten/innen einzustehen, damit sie in den vielen Gesprächen, sei es am Arbeitsplatz, im Bekanntenkreis oder in der Nachbarschaft usw. führen, ein Zeugnis, Licht und Salz zur Ehre Gottes sein dürfen.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Thomas Käser,  
Mitglied Redaktionskommission «EDU-  
Standpunkt» und Kantonsratskandi-  
dat Bezirk Frauenfeld

Zukunft gestalten -  
Werte erhalten

Grossratswahlen 10. April 2016  
www.liste01.ch

Liste 1  
Unverändert anhängen

EDU UDF  
Eidgenössisch-Demokratische Union



wir als Vorstand durch unsere treuen Mitglieder ermutigt.

Nach der MV fand das traditionelle, in EDU-Kreisen schweizweit bekannte, Frühstück mit Vortrag statt. Unser diesjähriger Referent, Kantonsrat Hans Egli (Präsident EDU Kanton Zürich) betonte die Wichtigkeit der christlichen Werte für das Erfolgsmodell Schweiz. Als christliche Partei sind wir gefordert uns für diese Werte einzusetzen.

In den letzten vier Jahren durften wir erleben, dass Gott treu ist, führte er uns doch durch diese schwierige Situation. Es ist einfach genial zu wissen, dass unser Gott einen Plan für uns als seine Kinder, aber auch für die EDU hat. An dieser Stelle sei auch all unseren lieben Mitgliedern für ihre Treue gedankt.

Adrian Rechsteiner, Sekretär EDU  
Appenzellerland

KOMMENTAR:

## Bildersturm ohne Referendums- möglichkeit

**Der knappe Beschluss des Luzerner Stadtparlaments vom 25. Februar 2016, die Abdankungshalle Friedental neu «konfessionsneutral» zu gestalten, wirft über Stadt- und Kantonsgrenzen hinaus Wellen.**

Für die Sanierung des Gebäudes wurden 1,5 Mio. CHF bewilligt. Der Antrag der Stadtregierung von 1,6 Mio. CHF wurde im Stadtparlament auf die genannte Summe reduziert, aus «Spargründen», ohne Auflage, wie gespart werden solle. Mit dem beschlossenen Kredit wird wie zufällig auf den Franken genau die Summe unterschritten, mit welcher der Beschluss dem fakultativen Referendum unterläge. Ein geschickter Schachzug zur Ausschaltung der Volksmeinung?

### Christliche Symbole schützen

Am 21. April 2016 wird das Stadtparlament über die Dringlichkeit von Postulaten befinden, die Lösungen fordern, mit denen die religiösen Symbole nur auf Verlangen abgedeckt werden können. Und bereits sind Bemühungen im Gang, dass christliche Symbole im Friedhofswesen in Zukunft mit einem Satz im entsprechenden städtischen Reglement geschützt werden sollen, statt sie dem Säkularismus und anderen -ismen zu opfern. Der Tatsache, dass die religiösen Malereien genau wie auch das gesamte Gebäude als «schützenswert» klassiert sind, wollte man übrigens ursprünglich Rechnung tragen, indem man «nur» Gipsplatten darüber anbringt und sie nicht gleich ganz auswischt... Vielleicht ist man irgendwann wieder froh, das Christentum nicht ganz ausgelöscht zu haben.

David Gysel

SCHLUSSPUNKT

## Der Unterschied

«Ich auch...», tönt es aus Kindermund. Macht vielleicht dieser Satz nicht Halt vor Altersgrenzen? Und was sagen wir als dem Schweizer Gesetz verpflichtete Partei, wenn es darum geht, jemandem einen Wunsch ausschlagen zu müssen?

Heute sassen wir in einem Altersheim in der Cafeteria zu Besuch. Unsere Kinder erhalten zum Empfang Gummibärchen vom Personal. «Ich auch...», sagt unsere betagte Verwandte lachend. «Aber Sie wissen doch, dass dies nur für Kinder unter zehn Jahren ist!» «In unserer Bundesverfassung steht, dass niemand aufgrund seines Alters diskriminiert werden darf», werfe ich ein. «Ich erhalte sicher eine Anzeige», erwidert die Servicefachfrau augenzwinkernd.

### Szenenwechsel

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich macht die «Pflichtinformationen für Stellensuchende» in zwölf Sprachen über Internet zugänglich. Vergeblich suche ich die anderen fast 7000 Sprachen der Welt in jener Liste, ist doch in der Schweiz gemäss Art. 8, Abs. 2 der Bundesverfassung auch eine Diskriminierung aufgrund der Sprache verboten. Versuchen wir es mit weiteren Beispielen: Ein Vierzehnjähriger will eine Kiste Bier kaufen. «Njet, unter 16 gibt's nix!» Haben die Gesetzgeber da die Bundesverfassung angeschaut?

Sogar die Mister Schweiz-Wahlen gerieten mit dem Gesetz in Konflikt: Die erforderliche Körpergrösse von mindestens 178cm profitierte noch von einer Gesetzeslücke (Körpergrösse wird in der Bundesverfassung nicht erwähnt). Aber war die Verfassungswidrigkeit des Aufstellens eines Mindestalters (20 Jahre) vielleicht der heimliche Grund, dass diese Wahl seit 2013 nicht mehr durchgeführt worden ist? Und ledig müsse er sein – wie war das nochmals mit der Diskriminierung aufgrund der Lebensform? Oder war der Absagegrund schlussendlich die heutige Schwierigkeit zu definieren, was ein «Mann» ist – und dann erst noch nieman-



Bild: Freemages.com

den aufgrund des Geschlechts ausschliessen zu dürfen?

### Diskriminierung?

Gott wird sich sicher gut überlegen, in der Schweiz tätig zu sein, denn auch aufgrund der religiösen Überzeugung darf bekanntlich niemand diskriminiert werden. Und eine Bibelstelle wie die Aussage von Jesus im Matthäusevangelium (Kapitel 7,21): «Nicht jeder, der zu mir sagt: ‚Herr, Herr!‘ wird ins Himmelreich kommen, sondern nur der, der den Willen meines Vaters im Himmel tut.», könnte wiederum unter das Verbot fallen, jemanden aufgrund der Lebensform zu diskriminieren. Sie, liebe Leserin und lieber Leser, werden den Unterschied zwischen Ernst und Humor schon machen können. Dies ist ja, nebst ganz vielen anderen Unterschieden im Leben, schon mal ganz wichtig. Ach, und entschuldigen Sie noch, dass ich «lieber Leser» erst als zweites gesetzt habe, ich habe gerade gemerkt, dass auch dies eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ist.

Ich wünsche Ihnen allen, ohne Unterschied, fröhliches Weiterleben trotz Alters- und anderen Grenzen.

David Gysel



# NIE ALLEIN

Zum Abschluss seines öffentlichen Wirkens hat der Mitbegründer und langjährig gewesene Leiter der EDU, Werner Scherrer, ein Buch über sein vielseitiges und gesegnetes Leben veröffentlicht.

In 40 Kapiteln beschreibt der Autor seinen Werdegang vom Hüterbub im Toggenburg bis zu seinen verschiedenen Tätigkeiten als Führungsperson in der Armee, als Hoteldirektor, Politiker oder Organisator und Leiter von Israelreisen.



Das Buch kann zum Selbstkostenpreis von CHF 17.- direkt beim Verfasser bezogen werden:  
Werner Scherrer  
Laubeckstrasse 7,  
3600 Thun  
Tel. 033 223 24 14

## Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs

**fanello**-Lattenrost und Naturlatexmatratze

Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen

**Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!**



**Spycher-Handwerk**

Huttwil



[www.kamele.ch](http://www.kamele.ch)

**Schaukarderei**

- Naturfaserkleider

- Jurtenübernachtung

- Betriebsführungen

**062 962 11 52**



**Ferien unter Gottes Wort**  
IM SCHÖNEN TOGGENBURG

heimelige Pension in Hemberg  
für Familien, Gruppen  
und Einzelgäste

Tel. 071 377 15 85

[www.missionshaus-alpenblick.com](http://www.missionshaus-alpenblick.com)



## Bestellschein

### ABONNEMENT

Ich abonniere den «EDU-Standpunkt» für CHF 30.- (11 Nummern).

### PROBENUMMERN

Senden Sie mir/der folgenden Person «EDU-Standpunkt»-Probenummern:

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Empfohlen von \_\_\_\_\_

Coupon einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach, 3602 Thun



Hans Moser und Eveline Rytz am EDU-Stand am Forum für christliche Führungskräfte in Bern